

KULTURPOLITISCHE POLIZEIFUNKTIONEN BIS ZUM KRIEGE

1. „Kulturelle Wohlfahrtspflege“

Das „Ahnenerbe“ stellte im Dritten Reich nicht irgendeine beliebige Forschungsgemeinschaft dar, sondern es war gleichzeitig gelehrte Gesellschaft und politische Kaderorganisation der Schutzstaffel Heinrich Himmlers. Als solche übernahm es schon zu Anfang seiner Entwicklung gewisse, für den Charakter der SS besonders typische Wesensmerkmale, die es, in abgewandelter Form, bis zum Ende 1945 beibehielt. Es waren dies das elitäre Selbstverständnis der SS, das Bewußtsein realer Macht durch die stets präsente Möglichkeit der Gewaltanwendung und die Entschlossenheit, sich in Geist und Tat jenseits aller normativen Schranken, der althergebrachten wie gar der nationalsozialistischen, zu bewegen. Durch die Adoption dieser SS-Charakteristika wurde das „Ahnenerbe“ in die Lage versetzt, seine Umwelt von sich aus zu prägen, seinen Einfluß, ja seine Macht anderen gegenüber geltend zu machen. Wer sich diesem Einflußbereich zu entziehen suchte, wurde gerügt, mundtot gemacht, verfolgt oder usurpiert, es sei denn, er besaß ein größeres Maß an wirklicher Macht. Wer aber war damals schon mächtiger als die SS?

Es war ein Spezifikum der Schutzstaffel, daß sie, zusammen mit Polizei und Gestapo, in der internen Gegnerbekämpfung eine ihrer Hauptaufgaben erblickte. Mehr noch: bereits 1936, nach der Zentralisierung der deutschen Polizei, formulierte einer ihrer führenden Ideologen, der Professor für Staatsrecht und SD-Referatsleiter Dr. Reinhard Höhn, man habe der überkommenen „liberalistischen“ Ansicht abgeschworen, „daß die Polizei nur zur Gefahrenabwehr, und nicht zur Wohlfahrtspflege da sei“¹. Die angebliche Notwendigkeit einer nationalsozialistischen „Wohlfahrtspflege“ diente Polizei und SS denn auch in zunehmendem Maße als Vorwand, ihre Agenten in alle erdenklichen Lebensbereiche einzuschleusen, damit sie der NS-Gleichschaltung, die auf privater wie öffentlicher Ebene zu vollziehen war, mittels der von ihnen gemeisterten Tormethoden Vorschub zu leisten vermochten. Diese Infiltrationstaktik, die sich mit den Jahren mehr und mehr von den normativen Grenzen der staatlichen Justiz entfernte, wurde weltanschaulich von primitiven, schlagwortartigen Vorstellungen vom „inneren Feind“ gestützt², die es nicht ermöglichten, zwischen Unschuldigen und, im NS-Sinne, „Schuldigen“ zu unterscheiden.

Wie zu zeigen sein wird, machten sich die Funktionäre des „Ahnenerbes“ die Anschauungen und Praktiken ihrer SS-Kameraden von SD und Gestapo beizeiten gänzlich zu eigen. Das „Ahnenerbe“ gerierte sich bald als der verlängerte Arm der Polizeiexekutive auf dem Gebiet der Kultur, der, in Abwandlung der Terminologie Reinhard Höhns, sich einer „kulturellen Wohlfahrtspflege“ im Reich nach eigens konstruierten Richtlinien zu befleißigen hätte. Nicht ausdrücklich dazu von Himmler autorisiert, doch getrieben von gewaltigem Ehrgeiz, versuchten „Ahnenerbe“-Repräsentanten, den engen, durch wissenschaftliche Aufgaben und SS-interne Kulturarbeit gesteckten Rahmen ihrer Forschungsgemeinschaft zu sprengen und diese im zivilen Kulturbereich als Inquisitor, Zensor und Konfiskator des Reichsführers-SS

tätig werden zu lassen, um somit – im Namen präventiver „Wohlfahrtspflege“ – ihre politischen Funktionen zu erweitern. Dabei ging das „Ahnenerbe“ von einer dogmatischen Grundeinstellung aus, die in den germanomanischen Vorurteilen der Gründer – Himmler, Darré und Herman Wirth – ihre geistesgeschichtlichen Wurzeln besaß. Auch die militante Intoleranz des „Ahnenerbes“ beruhte auf der für die SS sonst so charakteristischen „Perversion des Vorbeugungsprinzips“ (Buchheim): sie orientierte sich an Gegnervorstellungen, die auf den einfachsten Nenner reduziert worden waren. Der „innere Feind“ war stets der, der den Wünschen des „Ahnenerbes“ *nicht* entgegenkam. Allerdings spielte hier die NS-Ideologie weniger mit als schamlose Profitgier und taktische Überlegungen in den Grenzen der damals üblichen Machtpolitik. So mochte Professor Hans Reinerth, der immerhin nationalsozialistisch gesinnte Vertreter Alfred Rosenbergs, dem „Ahnenerbe“ zehnmal so gefährlich scheinen wie der „liberalistisch“ gesinnte und (zufällig) jüdische Landgerichtsrat a. D. Dr. Benno Wolf, nach dessen wertvoller höhlenkundlicher Bibliothek – dies war der springende Punkt! – Sievers und Wüst verlangten.

Allgemein hat der Antisemitismus in der Kulturpolitik des „Ahnenerbes“ nicht die starken Formen angenommen, die man vielleicht erwartet hätte. Gewiß machten „Ahnenerbe“-Funktionäre sich in mehreren Fällen die antijüdische Haltung des Regimes zunutze, meist, um enteignete Juden zu beerben. Von einigen prominenten Ausnahmen (Löffler, Huth⁹) abgesehen, gab sich das „Ahnenerbe“ nie betont antisemitisch – zweifellos deshalb nicht, weil es innerhalb der SS und Partei von genug Organisationen wußte, die sich mit dem „Semitismus“ intellektuell auseinandersetzten. Man dachte da an die Judenreferate bei SD und Gestapo und an die verschiedenen Institute zum Studium der „Judenfrage“, die nacheinander wie Pilze aus der Erde schossen⁴. „Germanische Kulturwissenschaft“ ließ sich auch ohne einen überpointierten Bezug auf die „Judenfrage“ treiben.

Als der inoffizielle Hoheitsträger Himmlers im Bereich der Kultur strebte das „Ahnenerbe“ kulturelle Kontrollen an, die sowohl materielle Vorteile als auch ideelle Befriedigung bringen mochten. Materielle Bereicherung war stets das Resultat der Einverleibung von hochwertigen Büchereien, Manuskripten, volkskundlichen Sammlungen, aber auch Grundstücken, Mobiliar und Münzkollektionen. Zum materiellen Profit trat der ideelle nach der Gleichschaltung gewisser „Gegner“-Gruppen; bei diesen handelte es sich entweder um ideologisch abweichende, oder wesensverwandte, deshalb aber vom „Ahnenerbe“ als rivalisierend empfundene Kreise. Die Statuierung irgendeiner „Lehrmeinung“ wurde von der Forschungsgemeinschaft als Vorwand zur Zensur benutzt, diese konnte schließlich wieder zur Konfiskation führen. Je gewichtiger der Verband, den man absorbierte, desto größer das Prestige der Forschungsgemeinschaft. Ging es um die Gleichschaltung regional oder sogar national bedeutender Körperschaften oder Disziplinen, wie etwa den „Hauptverband Deutscher Höhlenforscher“ oder die gesamte Vorgeschichtsforschung in der Ostmark und dem Protektorat, so war der Enderfolg der „Ahnenerbe“-Bemühungen nicht nur Prestige im landläufigen Sinne, sondern die Vereinsfunktionäre durften sich überdies noch in dem Bewußtsein wiegen, wieder etwas mehr reale Macht errungen zu haben – Macht, die bei den alltäglichen Diadochenkämpfen innerhalb der Partei, insbesondere beim Ringen mit dem Rosenberg-Lager, gezielt eingesetzt werden konnte.

Der Übernahme materieller Sachwerte durch das „Ahnenerbe“ gingen sicherlich

jeweils finanzielle Erwägungen voraus. Schon im Januar 1937 stellte der damalige Stellvertretende Kurator Dr. Kinkelin für die wirtschaftlich notleidende Forschungsgemeinschaft den Grundsatz auf, das „Ahnenerbe“ sei so auszubauen, „daß nicht irgendwelche neuen Dinge hineinbefohlen zu werden brauchen, sondern daß wir diese Dinge an uns ziehen“⁵. So „zog“ denn das „Ahnenerbe“, zumeist „unter sanften offiziellen Druckmitteln der Reichsführung“⁶, diese oder jene „Dinge“ an sich, für die es sich zufällig interessierte – bis es selbst Walther Wüst unheimlich wurde. Das „Ahnenerbe“ reiße „wichtige Gegenstände und Einrichtungen“ an sich, ohne sich später genügend um sie zu kümmern, monierte er im Januar 1938⁷. Das setzte freilich dem Akkumulationsprozeß noch lange kein Ende.

Beeindruckend war die generalstabsmäßige Planung der Funktionäre. Beispielsweise konstatierte Reichsgeschäftsführer Sievers in einem Aktenvermerk 1939, es sei „zweckmäßig“, darauf hinzuwirken, die Reichsfelsbild-Sammlung des Frobenius-Instituts der Stadt Frankfurt am Main „einschließlich der gesammelten Steinwerkzeuge“ zu übernehmen, obschon, wie Sievers scheinheilig versicherte, das „Ahnenerbe“ dabei „keine ‚einstreichende‘ Absicht“ verfolge⁸. Sievers sprach denn auch nur von „Obhut“, als er, im Bunde mit anderen Vereinsgenossen, die Übernahme der Unteruhldinger Pfahlbauten erwog, ohne dabei zu bedenken, daß man in der Person Professor Reinerths, des wissenschaftlichen Patrons der Pfahlbauten, einem unbequemen Hindernis begegnen würde⁹. Hin und wieder aber kamen die Opfer der Gier des „Ahnenerbes“ auch entgegen: so will der österreichische Volkskundler und Pater Romuald Pramberger der Forschungsgemeinschaft seine volkskundlichen Sammlungen im steiermärkischen Stift St. Lambrecht angeboten haben, da er sie wegen Geldmangels selbst nicht mehr aufrechterhalten konnte¹⁰.

Doch nur aus schwerer wirtschaftlicher Not heraus scheinen sich die Opfer dem „Ahnenerbe“ freiwillig genähert zu haben. Gewöhnlich ging das „Ahnenerbe“ von sich aus und unter der Androhung von Gewaltmitteln vor. Schon 1935 hatte Himmeler unter Ausnutzung seiner Machtstellung erfolglos versucht, die wertvolle Sammlung germanischen Schmuckes aus dem Nachlaß des Freiherrn Johannes von Diergardt „für die Schulung seiner SS“ zu kaufen¹¹. Ob das „Ahnenerbe“ damals schon dabei war, ist ungewiß; aber Monate später wurde es auf den Prager Staatsarchivrat Dr. Josef Bergel angesetzt. Durch eine Indiskretion¹² war es 1936 international publik geworden, daß Bergel einen wichtigen Schriftenfund zur Frage des Verhältnisses zwischen dem kaiserlichen Feldherrn Wallenstein und seinem Hofastrologen Seni gemacht hatte. Gleich wollte sich der horoskophörige Reichsführer der SS in den Besitz der Seni-Dokumente setzen¹³. Mitte 1936 wurde Bergel von dem ihm bis dahin unbekannten „Ahnenerbe“ bedrängt, seinen Fund bei ihm zu veröffentlichen. Bergel lehnte ab, aber im Februar 1939 mußte er dem „Ahnenerbe“ vier Dokumente ausliefern.

Freilich mochte die Ausbeute nach erfolgreich abgeschlossenen Aktionen schwanken – hier war sie unerheblich, da beträchtlich. Als „reichhaltig“ wurde die „orientalisch-semitistische“ Bücherei aus dem einstigen Besitz des jüdischen Schriftstellers Lion Feuchtwanger bezeichnet, die die Münchener Gestapo dem damaligen Präsidenten des „Ahnenerbes“, Professor Wüst, im November 1938 zur Verfügung stellte. Zuvor hatte Wüst seinen Anspruch bei der Politischen Polizei persönlich angemeldet. Das von der Polizei empfohlene Mittel, „um bürokratische Schwierigkeiten zu vermeiden“, war, dem Reichsführer-SS von dem wertvollen Fund zu

berichten; es bedürfe dann „nur eines Federstriches, um die Bücherei den von uns besprochenen Zwecken im Rahmen des ‚Ahnenerbes‘ zuzuführen“¹⁴. Nach der Übereignung der Feuchtwanger-Kollektion auf das „Ahnenerbe“ ließ Wüst sie zu seinem Abteilungsleiter für den Vorderen Orient, Prof. Dr. Viktor Christian, nach Wien transportieren, wo sie „besonders aufzustellen und zu verwalten“ war¹⁵. Nach dem Kriege hat Wüst dann das Geschehene ungeschehen zu machen versucht, indem er erklärte, das „Ahnenerbe“ habe keinerlei Kompetenzen gehabt, Büchereien zu beschlagnahmen, es habe beschlagnahmte Bibliotheken lediglich „ordnungsgemäß treuhänderisch verwaltet“¹⁶. Das erstere war sicher richtig: die eigentliche Beschlagnahme wurde für das „Ahnenerbe“ von der Gestapo besorgt, damit brauchten sich die Forschungsgemeinschafts-Funktionäre die Hände nicht schmutzig zu machen. Das letztere sieht Wüst heute noch falsch; das „Ahnenerbe“ „besaß“ nämlich nicht nur die Feuchtwanger-Sammlung, sondern auch Bücher aus dem ehemaligen, nunmehr aber requirierten Besitz des „Salzburger Universitätsvereins“.

Im Verlauf der nationalsozialistischen Auflösung des „Salzburger Universitätsvereins“, die oben kurz erwähnt wurde¹⁷, war von der Salzburger Gestapo die Beschlagnahme des gesamten Verbandsvermögens (362 000 Schilling) zugunsten der „Ahnenerbe“-Stiftung bereits im Mai 1938 verfügt worden¹⁸. Das „Ahnenerbe“ interessierte sich besonders für ein religiös-volkskundliches Archiv, eine Mineralien- und Herbariensammlung und eine wertvolle Münzkollektion¹⁹. Doch im Juni wurde laut „Führerbefehl“, als Folge einer Intervention des Wiener Erzbischofs Innitzer, das Salzburger Vermögen zurückgestellt, „soweit es nicht aus den Kassen österreichischer Regierungsstellen stammt“²⁰. Erst nachdem die Gestapo auf den „Salzburger Universitätsverein“ erneuten polizeilichen Druck ausgeübt hatte, gelangte das „Ahnenerbe“ doch noch in den Genuß von 50 000 RM sowie der vielbändigen Bücherei und sogar des Mobiliars des Universitätsvereins²¹. Das Institut für religiöse Volkskunde (ursprünglich eine Schöpfung des Universitätsvereins) lieferte nach der Einverleibung durch das „Ahnenerbe“ im Herbst das materielle Rüstzeug für Richard Wolframs gerade anlaufende volkskundliche Abteilung im Rahmen der Außenstelle Süd-Ost²². Und im Februar 1939 erhielt der Leiter der Salzburger Gestapo vom „Ahnenerbe“ zudem den Auftrag, in der Bibliothek von St. Peter nach Bücherei-Beständen der nunmehr aufgelösten theologischen Fakultät zu fahnden. Hier wurden schließlich einige tausend Bände requiriert²³. Insgesamt besaß das „Ahnenerbe“ 1943 80 000–100 000 Bände aus einstigen Salzburger Beständen²⁴.

2. Intoleranz und Gleichschaltung

Die Beschlagnahme sachlicher Wertgegenstände allein konnte den „Ahnenerbe“-Funktionären kaum anhaltende Befriedigung verschaffen. Wirklichen Auftrieb für ihr Machtstreben würde allenfalls die Kontrolle über das Denken und Tun der Zeitgenossen bedeuten; diese aber ließen sich in drei Kategorien einteilen: Freunde, Feinde und Laue. Sie wurden danach eingestuft, wie sie auf die Dogmen des „Ahnenerbes“ reagierten. Deren gab es mannigfache, sie wechselten je mit der Zeit und den gerade aktuellen Erfordernissen; Einheitlichkeit hat es in dieser Hinsicht in der ganzen Geschichte des „Ahnenerbes“ nicht gegeben. Am Anfang stand das Wort Herman Wirths. Wahr war, was Herman Wirth zur Doktrin erhob – seine

wissenschaftlichen Aussagen waren absolut. Wer von den außenstehenden Wissenschaftlern das Pech hatte, mit Wirth nicht übereinzustimmen, dem wurde wie dem Professor Jakob eine „restlose Unkenntnis der Geschichte der Kultsymbolik“ nachgesagt²⁵. Nach der Ära Wirth wandelte sich der Wertmaßstab. 1938 beispielsweise mußte bekämpft werden, wer nicht den Ansichten des Reichsführers-SS und seines „Ahnenerbes“ über die Externsteine anhing. Auf naturwissenschaftlichem Gebiet, etwa im Bereich der Weltelehre, besaß nur Geltung, was „von Hörbigers Gedankengut geprägt“²⁶ worden war; dessen Erfindung „Weltelehre“ wollte das „Ahnenerbe“ 1938 sogar gesetzlich schützen lassen²⁷.

Man berief sich also vor der Auslösung irgendwelcher Aktionen auf Differenzen zwischen der eigenen Auffassung und der des Gegners – falls tatsächlich kein Meinungsunterschied bestand, wurde er aus taktischen Gründen vorgetäuscht. Manche vermeintlichen Gegner zogen in Wahrheit am selben weltanschaulichen oder thematischen Strang wie der Verein. Aber auf diese Situation war man vorbereitet. Nicht ohne Grund hieß es schon in der Satzung vom März 1937, das „Ahnenerbe“ sei „berechtigt, alle gleichartigen oder ähnlichen Bestrebungen anderer Vereinigungen in jeder Beziehung zu fördern und zu unterstützen“. In der Satzung vom Januar 1939 erscheint das verbriefte „Recht“ dann als Verpflichtung²⁸. Das bedeutete die statutarisch festgelegte Vorstufe zur Absorption. Die Dokumente bringen es heute an den Tag: bei anderen Institutionen mit ähnlicher geistiger Ausrichtung, soweit sie in Staat, Partei oder Universität nicht fest verankert waren, verfolgte das „Ahnenerbe“ nur eine Politik – sie entweder unschädlich zu machen oder sich gleichzuschalten. Dieses Ziel wurde jeweils unter Berücksichtigung der gerade gegebenen Machtverhältnisse konsequent angestrebt.

Als erstes galt es, die Kritiker Herman Wirths zum Schweigen zu bringen. Zu Anfang, als noch niemand in der SS daran dachte, Wirth die Prophetenrolle streitig zu machen, gebärdete sich das „Ahnenerbe“ päpstlicher als der Papst. Pläßmann plante im April 1936, eine Polemik gegen die Feinde Wirths, „Dunkelmänner und Denunzianten auf deutschen Lehrstühlen“, zu veröffentlichen²⁹, aber dieser Aufsatz war dem Reichsführer-SS vorerst zu scharf. Statt dessen schlug er vor, Pläßmann möge einen neuen Beitrag unter dem konzilianteren Titel „Mehr Kameradschaft in der Wissenschaft“ vorbereiten. Allerdings sollte auch hier unmißverständlich zum Ausdruck gebracht werden, „daß dieser Aufsatz der letzte Versuch sei, um nochmals zum Guten zu mahnen“³⁰. Es wurde der letzte Versuch. Hinfort bevorzugte das „Ahnenerbe“ die Denunziation beim Reichsführer-SS³¹. Schon im September 1936 ließ sich Himmler dazu herab, seine Hilfe gegen einen der „Verleumder“ in Aussicht zu stellen, falls, so Sievers an Wirth, „wir ihm den Burschen namhaft machen könnten“³².

Künftige Abwehraktionen in Sachen Wirth waren jedoch wegen der sich ständig verschärfenden Spannungen zwischen dem Privatgelehrten und der SS kaum noch zustande zu bringen. Die dualistische Taktik der „Ahnenerbe“-Funktionäre, Wirth einerseits SS-intern unter Kuratel zu stellen, andererseits aber seine Verdienste „nach außen hin“ weiter aufrechtzuerhalten³³, ließ sich eben schwer verwirklichen. Immerhin: während Wirth Anfang 1938 schon auf der Schwarzen Liste stand, trug Sievers noch eine heftige Kontroverse mit dem Hamburger Privatdozenten M. F. Helmers aus, da „der Name Herman Wirths als Quelle bestimmter Veröffentlichungen“ von Helmers angeblich nicht genannt worden war³⁴.

Das „naturwissenschaftliche“ Gegenstück zum Fall Wirth war die Welteislehre Hörbigers. Laut Pyrmonter Protokoll vom 19. Juli 1936 waren die Unterzeichneten „von der Richtigkeit der grundsätzlichen Lehre Meister Hörbigers verstandesgemäß fest überzeugt“³⁵. Mithin implizierte das Schriftstück, daß sämtliche Abweichungen geahndet würden, doch offerierte es dafür keine Handhaben. Abweichende Theorien aber wurden von den Welteis-Gläubigen Hauptmann a. D. von Etzdorf, Georg Hinzpeter und Hanns Fischer vertreten, die auch prompt eine Gegenorganisation, die „Gesellschaft zur Förderung der Welteislehre“, gründeten. Bis zum Sommer 1939 hatte Scultetus beim Reichsführer-SS die Auflösung der „Gesellschaft“ angeraten, „damit von dieser Seite die gesamten Bemühungen des ‚Ahnenerbes‘ nicht in Frage gestellt werden“³⁶.

In Frage gestellt wurde in Wahrheit natürlich gar nichts; dazu waren die „Gegner“ des „Ahnenerbes“ viel zu unbedeutend. Gleichwohl witterten „Ahnenerbe“-Funktionäre in ihrem Vorbeugungseifer für ihre Forschungsgemeinschaft Gefahren aus allen Ecken des Reiches, oder sie taten wenigstens so. Zu Beginn des Jahres 1936 verbot der Reichsführer-SS jegliche Veröffentlichungen über sein Privattheiligtum Externsteine³⁷; über die Einhaltung des Verbots ließ er sein „Ahnenerbe“ wachen³⁸. Wer es wagte, dem „Ahnenerbe“ öffentlich entgegenzutreten, mußte damit rechnen, beim Reichsführer-SS denunziert zu werden, das galt nicht nur für das Thema „Externsteine“, sondern auch in anderen Bereichen. So fiel der Leiter des Museums im holsteinischen Meldorf, Dr. Kamphausen, in Ungnade, weil er die vom „Ahnenerbe“ protegierte Sinnbildforschung coram publico angegriffen hatte³⁹. Besonders unerbittlich verfolgte das „Ahnenerbe“ den Alfred Rosenberg nahestehenden Volkskundler Dr. Bernhard Kummer. Als Schriftleiter der volkstümlichen *Nordischen Stimmen* hatte er den Redakteur von *Germanien*, J. O. Pläßmann, im Juni 1937 heftig kritisiert⁴⁰. Das „Ahnenerbe“ nahm den Schriftleiter deshalb „von der SS her unter Druck“⁴¹. Im Frühjahr 1938 mußte Kummer seinen Posten niederlegen und im SS-Organ *Germanien* eine Ehrenerklärung für das „Ahnenerbe“ und den Reichsführer-SS abgeben⁴².

Was man schwarz auf weiß besaß, ließ sich leichter indizieren als mündlich Überliefertes, auch für die „Ahnenerbe“-Chargen. Um häretische Schriften auf den Index setzen zu dürfen, schreckten sie vor keiner Verleumdung zurück. Ein verhältnismäßig harmloses Buch wie das des Frankfurter Laien Johannes Lang, *Vorgeschichte wird Frühgeschichte*, 1934 vom Autor im Selbstverlag gedruckt, wollte Wüst 1937 polizeilich aus dem Buchhandel ziehen lassen, „zum Nutzen des deutschen Volkes und zum Ansehen der deutschen Wissenschaft“, wie er sich in einem Brief an Himmler ereiferte⁴³. Auch dieses Mal bewies der Reichsführer-SS mehr Gleichmut als seine ehrgeizigen Paladine im „Ahnenerbe“. „Verbot geht nicht“, ließ er Wüst in weiser Erkenntnis der Sachlage wissen, „da man damit erst das Buch bekannt machen würde“⁴⁴. Doch das „Ahnenerbe“ lernte nichts daraus: achtzehn Monate später legte der Mitarbeiter Otto Huth der Vereinsleitung nahe, das neueste Werk des Leipziger Germanisten Prof. Dr. Arnold Schmieder, *Wider die Lüge von der germanischen Gotteslehre*, kraft des SD zu verbieten, da es sich ja über eine „1000jährige Eddaforschung“ einfach hinwegsetze⁴⁵. So mochte man mit Büchern verfahren. Wenn es sich um gegnerische Zeitschriften handelte, hatte man zwischen mehreren Möglichkeiten der Bekämpfung die Wahl, wie 1937 im Falle der Zeitschrift *Die Sonne*. Dieses Blatt, das nach dem Urteil Pläßmanns öfters „aus-

gesprochenen Meckerern das Wort gegeben“ hatte, konnte man entweder gänzlich liquidieren oder aber „als selbständiges Organ eingehen lassen“ und die „Substanz“ dem „Ahnenerbe“-eigenen Fachjournal für Ortsnamen und Sippenforschung angliedern⁴⁶.

Indes, man mußte nicht unbedingt ein Gegner des „Ahnenerbes“ sein, um von diesem aufs Korn genommen zu werden. Die erweiterte politische Funktion des „Ahnenerbes“ als kulturellen Spitzels und Zwangsvollstreckers der Schutzstaffel, die ihm letztlich Polizeicharakter verlieh, wird aus einem Aktenvermerk des Reichsgeschäftsführers Sievers vom März 1938 ganz deutlich. Dort stand, am Beispiel der Wiener sippenkundlichen Vereinigung „Adler“ erläutert, wie die Forschungsgemeinschaft gleichgerichtete und als potentielle Rivalen empfundene Organisationen „mit einem leichten Druck“ dirigieren oder „auf kaltem Weg durch Eintritt von SS-Männern“ infiltrieren könne mit dem Endziel der völligen Absorption⁴⁷. Diesem Prinzip ist das „Ahnenerbe“ bei zahlreichen politischen Aktionen im Gesamtreich bis zum Ende treu geblieben. Wenn Helmut Heiber in seiner brillanten Kurzbiographie Heinrich Himmlers das englische Verbum „to worm“ gebraucht, um die Wühlarbeit der SS in allen Lebensbereichen des Dritten Reiches zu charakterisieren⁴⁸, so läßt sich das Wirken des „Ahnenerbes“ treffend als eine auf die spezifischen Gegebenheiten des Kulturmilieus zugeschnittene Variante dieser zutiefst politischen Funktion beschreiben. Um seinen Führungsanspruch auf den Gebieten der deutschen Sinnbildkunde, Hausmarkenforschung und Vorgeschichtswissenschaft durchsetzen zu können, „wurmt“ das „Ahnenerbe“ sich durch Heimatverbände, wissenschaftliche Gesellschaften und Tagungen. Die handschriftliche Marginalie Walther Wüsts, „Sind wir eingeschaltet?“, auf einer Akte der Reichsgeschäftsführung⁴⁹, war stehende Devise. Wo immer man „Mitglied“ werden konnte, tat man es, in der Hoffnung, durch geschicktes Unterminieren recht bald zur Gleichschaltung der betreffenden Institution schreiten zu können. Das galt sowohl für die „Deutsche Gesellschaft für Keltische Studien“, in der das „Ahnenerbe“ im Juli 1937 körperschaftliches Mitglied wurde⁵⁰, als auch für den „Westfälischen Heimatbund“, in dem Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ „nach Bedarf und Möglichkeit“ Referate übernehmen sollten⁵¹, um so die Tätigkeit des Bundes zu kontrollieren. Das „Ahnenerbe“ hätte sich vermutlich 1938 auch den „Verband deutscher Vereine für Volkskunde“ unter der Leitung John Meiers einverleibt, fürchtete dabei aber Komplikationen mit dem Hause Rosenberg, die es, soweit das ging, zu vermeiden suchte. Jedenfalls scheint Richard Wolfram im November des Jahres bereit gewesen zu sein, seinen Eintritt in den „Verband“ auf kaltem Wege zu vollziehen, als Sievers ihn zurückhielt⁵². Das „Ahnenerbe“ sicherte sich bis 1939 maßgeblichen Einfluß bei der Herausgabe von nicht weniger als zehn wissenschaftlichen Zeitschriften⁵³. Es entsandte „Beobachter“ zu Tagungen, wie seinen SS-Obersturmführer Hermann Löffler zum Züricher Historikertag im Juli 1939⁵⁴. Um die gleiche Zeit regte der Detmolder Sprachwissenschaftler Dr. Bruno Schweizer an, alle Meldungen über Tagungen im Reich zentral sammeln zu lassen und zu prüfen, „in wiefern die Beteiligung der Mitarbeiter des ‚Ahnenerbes‘ bei diesen Veranstaltungen erwünscht oder unerwünscht ist“⁵⁵.

Die Methodik der Bespitzelung, Neutralisierung und schließlich auch Integration einer wesensverwandten Institution „auf kaltem Wege“ demonstrierten „Ahnenerbe“-Experten schon früh am Exempel der Pflegstätte für Germanenkunde Wil-

helm Teudts in Detmold. Dieser langwierige Prozeß der Machterschleichung⁵⁶ wurde zur Generalprobe für alle weiteren Aktionen. Im Zusammenhang mit ihren Bemühungen zur Übernahme der Teudtschen Zeitschrift *Germaniën* erspürten die Vereinsfunktionäre seit Spätherbst 1935 eine einzigartige Gelegenheit zur Angliederung auch der Pflegstätte für Germanenkunde sowie der „Vereinigung der Freunde germanischer Vorgeschichte“, die beide seit geraumer Zeit in Finanznot waren. Die erste Phase des Gleichschaltungsprozesses wurde bis zum Frühjahr 1936 abgeschlossen: Sievers ließ sich in den Vorstand der „Vereinigung“ wählen (diese ging dann dank seiner Machenschaften allmählich ein), während Teudt mit falschen Versprechungen hingehalten wurde. Die zweite Phase begann im Juli, als das „Ahnenerbe“ die Detmolder Pflegstätte ohne viel Umstände übernahm, um sie dann im Oktober feierlich zu „eröffnen“. Teudt, inzwischen „Professor“ von Hitlers Gnaden, wurde zwar zum Leiter bestellt, doch fachwissenschaftliche wie organisatorische Befugnisse lagen in Wüsts und Sievers' Händen. In der dritten Phase führte Sievers die Mitglieder der ehemaligen „Vereinigung“ nach und nach geschickt dem „Ahnenerbe“ zu. Zum Finale kam es im Frühjahr 1938; Teudt trat ab, nicht ohne vorher noch den künftigen Leiter der Pflegstätte aus dem „Ahnenerbe“, Dr. Bruno Schweizer, mit den Einzelheiten der Abteilung engstens vertraut gemacht zu haben. Die „scharfe Razzia“ (Plassmann⁵⁷) war beendet, der Triumph gehörte dem „Ahnenerbe“; nach den Worten Walther Wüsts waren nun in Detmold alle Voraussetzungen geschaffen, „die dort gestellten Aufgaben tatkräftig auszuführen“⁵⁸. In welchem Maße gerade der Aktion Teudt politische Bedeutung zukam, ersieht man daraus, daß SS-Gruppenführer Pohl sich verschiedentlich einschaltete, um den Laienforscher mit unmißverständlichen Drohungen zur Raison zu bringen⁵⁹.

3. Kontrolle über Höhlen- und Bodenforschung

Von der Aneignung der Teudtschen Einrichtungen hatte sich das „Ahnenerbe“ kaum nationales Prestige versprechen können, dafür waren sie nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten nicht wichtig genug. Anders verhielt es sich bei der Reorganisation der Bodendenkmalspflege, die das „Ahnenerbe“ nach dem Anschluß Österreichs seit 1938 im gesamtdeutschen Reich anstrebte und die dann sogar auf das Protektorat übergriff. Mit der Errichtung der „Ahnenerbe“-Abteilung für Karst- und Höhlenkunde in Salzburg war gleichzeitig ein Auftrag des Reichsführers-SS verbunden gewesen, eine „Neuordnung“ des Karst- und Höhlenwesens in Deutschland und in der Ostmark vorzunehmen⁶⁰. Praktisch mußte das auf eine Gleichschaltung der deutschen und österreichischen Karst- und Höhlenwissenschaftler an das „Ahnenerbe“ hinauslaufen; für die Forschungsgemeinschaft würde es einen ansehnlichen Prestigegewinn bedeuten, zumal sich die Agenten Rosenbergs außerhalb des Altreiches noch kaum umgetan hatten. Das größte Hindernis erblickte das „Ahnenerbe“ in Gestalt des traditionellen „Hauptverbandes Deutscher Höhlenforscher“, dessen Chef, der Landgerichtsrat a. D. Dr. Benno Wolf, maßgeblichen Einfluß innerhalb der deutschen Höhlenwissenschaft besaß⁶¹. Wolf war außerdem noch Vorstand der Berliner „Gesellschaft für Höhlenforschung und Höhlenkunde“, die dem „Hauptverband“ als Mitgliedsverein unterstand⁶². Nun war die Position Wolfs im Reich als die eines Juden 1938 sicher nicht die angenehmste;

um sich nicht unnötig exponieren zu müssen, hatte er die Leitung des „Hauptverbandes“ nach außen hin an den Fabrikanten Dr. Julius Riemer abgegeben, der den Vorzug besaß, „arisch“ zu sein⁶⁹. Gleichwohl fungierte Wolf weiterhin als das inoffizielle Oberhaupt der deutschen Dachorganisation. Um ihn aus dem Wege zu schaffen, regte Sievers im Mai 1938 beim Chef des Sicherheitshauptamtes der SS an, Wolf müsse „verschwinden“, er könne seine „große Anhänglichkeit an die deutsche Höhlenforschung damit beweisen, daß er in seiner bisher geübten Selbstlosigkeit seine Höhlenbücherei für die Fortsetzung der Forschungen zur Verfügung stellt“⁶⁴. Das war der Gipfel des Zynismus. Einen Monat später wiederholte Wüst die Forderungen Sievers' österreichischen Behörden gegenüber mit dem Zusatz, daß man beabsichtige, die gesamte Karst- und Höhlenforschung in einem neuen „Reichsbund Deutscher Höhlenforscher“ zentral zu erfassen⁶⁵. In der Tat war geplant, alle Höhlenvereinigungen aus der noch bestehenden Dachorganisation herauszulösen, sie im „Reichsbund“ gleichzuschalten und diesen dann der Forschungsstätte für Karst- und Höhlenkunde im „Ahnenerbe“ unterzuordnen⁶⁶. Anfang 1939 konnte man die Aktion einleiten. Der ehemalige Studienprofessor Dr. Ing. Hans Brand wurde als der derzeitige Leiter der Karst- und Höhlenforschung im „Ahnenerbe“ (er hatte Dr. Steinhäuser inzwischen ersetzt) im März beauftragt, mit den deutschen Höhlenwissenschaftlern persönlich Fühlung aufzunehmen⁶⁷. Reichsgeschäftsführer Sievers lieferte Schützenhilfe, indem er prominente deutsche Vereinigungen, wie den „Reichsverband deutscher Schauhöhlen und Schaubergwerke“, schriftlich aufforderte, sich mit Brand zwecks „Zusammenarbeit“ in Verbindung zu setzen⁶⁸. Unterdessen sorgte Dr. Kurt Willvonseder, des „Ahnenerbes“ Vertrauensmann in allen Fragen der ostmärkischen Bodendenkmalspflege, dafür, daß auch die Neuordnung der zahlreichen österreichischen Höhlenvereine betrieben wurde⁶⁹. Und schon dachte man im „Ahnenerbe“ in Großraumkategorien: nach der Errichtung des Protektorats über Böhmen und Mähren erwogen Sievers und Brand die Einbeziehung des an Höhlen reichen mährischen Karstgebietes in die Interessensphäre der Forschungsstätte für Karst- und Höhlenkunde⁷⁰.

In Österreich stieß das „Ahnenerbe“ vorerst auf Widerstand⁷¹, den Brand jedoch mit Gewalt zu brechen gedachte. Indem er einen Grazer Höhlenspezialisten im August 1939 zum „freiwilligen Eintritt in die vom Reichsführer-SS geschaffene Neuorganisation“ unter Androhung einer Denunziation an Himmler drängte⁷², legte er die nun schon längst zur politischen Typik des „Ahnenerbes“ gehörende Haltung eines tyrannischen Zwingherrn an den Tag, der bemüht ist, nach außen hin sein Gesicht zu wahren. Gefügiger als die seit langem auf ihre ansehnlichen Höhlen stolzen Österreicher zeigten sich ihre deutschen Kollegen. „Hauptverband“-Vorstand Riemer sah sich am 15. August veranlaßt, Sievers seiner Kooperation zu versichern⁷³.

Die Neuordnung der reichsdeutschen Karst- und Höhlenforschung berührte sich eng mit der vom „Ahnenerbe“ angestrebten Kontrolle der Spatenwissenschaft im Hoheitsgebiet der Ostmark und des Protektorats. In Deutschland konnte Himmler nur hoffen, einen Teil der Prähistorie auf seine Seite zu ziehen, das Amt Rosenberg verfocht hier einen Herrschaftsanspruch. Um so mehr durfte Himmler sich in den neu zum Altreich hinzugekommenen Gebieten schadlos halten – falls er dort schneller war als Rosenberg. Aber daß er termingerecht zu handeln verstand, hatte Himmler mit der Errichtung der „Ahnenerbe“-Außenstelle Süd-Ost in Salzburg

kurz nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Österreich bereits bewiesen. Mit dieser Stelle arbeitete der österreichische Prähistoriker und SS-Untersturmführer Dr. Kurt Willvonseder bald eng zusammen. Die Wahl dieses Gelehrten als ostmärkischer V-Mann des „Ahnenerbes“ in vorgeschichtlichen Dingen erwies sich in mehr als einer Hinsicht als glücklich. Der Privatdozent für Vorgeschichte und Leiter der Abteilung für Vor- und Frühgeschichte in der Zentralstelle für Denkmalschutz in Wien⁷⁴ galt mindestens seit Herbst 1938 als guter Freund des Berliner SS-Vereins. Ende März 1939 war seine ostmärkische Vertrauensstellung im Auftrage des „Ahnenerbes“ offiziell⁷⁵.

In der Ostmark ging das „Ahnenerbe“ zunächst daran, einen Lieblingswunsch Himmlers zu erfüllen: der Reichsführer-SS hatte das „Julfest“ 1938 in Kärnten verbracht und dabei die Gelegenheit wahrgenommen, „sich einen Überblick über die reiche und bunte geschichtliche Vergangenheit und ihre noch sichtbaren Denkmäler zu verschaffen“⁷⁶. Nach dem Fest regte er die alsbaldige Aufnahme von Forschungen auf dem Kärntner Zollfeld, unweit Klagenfurts, an, wo sich die ehemalige karolingische Pfalz „Karnburg“ befunden hatte⁷⁷. Das „Ahnenerbe“ gedachte nun, den Spuren spä germanischer Siedler nachzugehen; diese Aufgabe besaß über den rein wissenschaftlichen Wert hinaus auch politische Bedeutung, denn laut Willvonseder hatten die Slowenen Jugoslawiens seit geraumer Zeit versucht, das Zollfeld „zum Mittelpunkt ihres geschichtlichen Staatsgedankens zu stempeln“⁷⁸. Amtlich unterstützt, und durch Denkmalspfleger Willvonseder mit reichen Mitteln versehen, mühte sich ein prähistorisches „Ahnenerbe“-Team unter der Aufsicht Hans Schleifs seit Ende Juni 1939, „Schnitte“ anzulegen und „Suchgräben“ zu ziehen; Programmpunkt Nr. 1 war die „Untersuchung der Beschaffenheit und Stärke des Verteidigungsringes“ der frühmittelalterlichen Wehrsiedlung⁷⁹.

Für ähnlich reizvoll hielten die „Ahnenerbe“-Gräber eine Untersuchung des süd-mährischen Fundplatzes Unterwisternitz, einer altsteinzeitlichen Mammutjägerstation, etwa 80 Kilometer nördlich von Wien am Nordhang der Pollauer Berge gelegen. Indes: leicht sollte es das „Ahnenerbe“ mit dieser Grabung nicht haben. Der weltberühmte Platz war von 1924 bis 1938 von dem Prager Geographieprofessor Karl Absolon in seiner Eigenschaft als Vorstand der paläolithischen Abteilung des mährischen Landesmuseums in Brünn bearbeitet worden⁸⁰. 1939, nach der Errichtung des nationalsozialistischen Protektorats über Böhmen und Mähren, wurde die Gegend um Unterwisternitz zum neugebildeten ostmärkischen Reichsgau Niederdonau geschlagen. Zwar besaßen die Österreicher jetzt die Fundstelle, aber die bisherige Grabungsbeute hatte der als eigenwilliger Sonderling bekannte Absolon⁸¹ in seinem Brünner Museum unter Verschuß getan; Veröffentlichungen darüber wollte er sich selbst vorbehalten⁸². Das „Ahnenerbe“ konnte nicht gut über die Ergebnisse neuer Grabungen berichten, ohne die Vorarbeiten Absolons zu berücksichtigen. Das aber fiel ihm unendlich schwer. Schon bevor der von den Mauerner Höhlen her erfahrene Holländer Dr. Assien Bohmers die Unterwisternitzer Grabung im Juli 1939 vom Grenzort Nikolsburg aus in Angriff nahm⁸³, begannen daher die Intrigen der „Ahnenerbe“-Funktionäre gegen Absolon, mit dem Endziel, sich in den Besitz seiner alten Funde zu bringen. Auch in dieser Angelegenheit, das stand außer Frage, würde Willvonseder der Forschungsgemeinschaft des Reichsführers-SS unschätzbare Dienste leisten können, pflegte er doch beste Beziehungen zu den Fachkollegen in Brünn und Prag.

Am 25. März 1939 wurde das „Ahnenerbe“ von Himmler mit der gesamten „Bodendenkmalspflege“ in der Tschechoslowakei beauftrag⁸⁴. Das bedeutete: Handhaben gegen Absolon und sein Museum *und* die Möglichkeit weiterer Grabungen im Protektorat, eventuell auch in der Slowakei. Noch im März arrangierte Willvonseder eine erste „Besprechung“ des Reichsgeschäftsführers mit Professor Absolon in Brünn⁸⁵. Und im April erteilte er kraft seines Amtes die Grabungsgenehmigung für Unterwisternitz und bewilligte überdies noch einen stattlichen Grabungsfonds von 10 000 RM⁸⁶; weitere 10 000 flossen Sievers aus Sondermitteln des österreichischen Reichsstatthalters zu⁸⁷. Im Juli schrieb Sievers an Absolon, daß der Unterwisternitzer Grabungsleiter Bohmers noch ausstehende „Einzelheiten der Zusammenarbeit“ zwischen „Ahnenerbe“ und mährischem Landesmuseum demnächst gänzlich klären würde⁸⁸.

4. Die Anfänge der Hochschulpolitik

Die bei weitem wichtigste Funktion als kulturpolitische Polizei des Reichsführers-SS erfüllte das „Ahnenerbe“ bei dem Versuch einer aktiven Steuerung des deutschen Hochschullebens. Nun hatte sich der Sicherheitsdienst der SS schon seit seinen ersten Tagen um Universitäten und Universitätslehrer gekümmert, aber die SD-Kontrolle war doch zumeist nachrichtendienstlicher Natur gewesen. SD-Vertrauensmänner, unter Studenten wie Professoren gemischt, hörten Vorlesungen und Seminardiskussionen mit⁸⁹ und berichteten danach ihrem zuständigen Referenten im Sicherheitshauptamt. Dieses interessierte sich für die „Lage“ der deutschen Hochschulen schlechthin, für die „Stimmung“ in Lehrkörper und Studentenschaft, für versteckte und offene Quertreibereien gegnerischer Kräfte. Das Ganze lief auf ein routinemäßiges Überwachen eines wichtigen Lebensbereiches hinaus, mit aktiver Steuerung hatte diese Tätigkeit nichts zu tun. Himmler selbst hat die Aufgabe des SD an den Hochschulen einmal mit etwas krausen, für ihn aber ganz typischen Sätzen erklärt: „Sagen wir, man versucht von ultramontaner Seite durch das wissenschaftliche Herausstellen der Theorie des österreichischen Menschen allmählich für das Gebiet Österreich eine Verschweizerung durchzuführen. So wie es uns in unserer Geschichte vor 700 oder 800 Jahren mit der Schweiz gegangen ist, die zwar heute noch deutsch spricht, sich im Innersten aber nicht mehr zu Deutschland zugehörig fühlt, oder wie wir vor einigen Jahrhunderten den Verlust Hollands mit dem ganzen niederdeutschen Raum erleiden mußten, versucht man nun, mit Propaganda, mit wissenschaftlicher Untermauerung und wissenschaftlichen Arbeiten an den Universitäten dieses Problem des südostdeutschen Menschen, des österreichischen Menschen, so lange herauszustellen, bis auch eine geistige Loslösung möglich ist. Es interessiert uns weiter: Welche deutschen Professoren unterstützen diese Theorie oder hängen mit irgendwelchen Drahtziehern im Ausland oder sonstwo zusammen?“⁹⁰ Chef solcher SS-Meinungsforschung war 1936 der Staatsrechtler Dr. Reinhard Höhn, Leiter der SD-Zentralabteilung II, 2 („Lebensgebiet-Berichterstattung“), der sich regelmäßig von den an jeder Hochschule organisierten „SD-Arbeitsgemeinschaften“⁹¹ informieren ließ.

Höhns Kollege im SD-Hauptamt, SS-Sturmabführer Dr. Franz Alfred Six⁹², hatte als Führer der Heidelberger Studentenschaft bereits im März 1935, einen

Monat vor seinem Eintritt in SS und SD, einen Aufsatz in der Zeitschrift *Der deutsche Student* veröffentlicht, in dem er sich mit dem Problem eines elitären Nachwuchses für den Nationalsozialismus auseinandersetzte. Six' Folgerungen, daß es mit der Erhaltung und Pflege eines nur politisch reifen Führerkorps ohne fachliche Qualifikationen à la „Kampfzeit“ nicht mehr getan sei, waren für einen strammen Nationalsozialisten allerdings gänzlich unorthodox. Es sei nun notwendig, „aus den bewährten nationalsozialistischen Kämpfern zuverlässige Fachleute heranzubilden und in der späteren Auslese aus der nachwachsenden Generation bereits diejenigen weitgehend zu fördern und ihnen zur Erwerbung der geistigen und fachlichen Grundlagen zu verhelfen, die sich in der politischen Arbeit hervorgegestellt und bewährt haben. Solche Maßnahmen erhalten ihre tiefste Berechtigung gerade auf der Hochschule, da hier ein Großteil der späteren geistig führenden Schichten seine Erziehung und Ausbildung findet.“⁹³

Der Intellektuelle Six hatte frühzeitig erkannt, was die meisten Nationalsozialisten bis zum Ende des Dritten Reiches nicht begreifen wollten: daß nämlich die deutsche Universität nicht nur äußerlich gleichgeschaltet werden könne, sondern aktiv an der Ausbildung der künftigen Führer beteiligt werden müsse. Derartiges war von einem höheren nationalsozialistischen Politiker bisher noch nicht in Betracht gezogen worden. Vielmehr tendierte das Regime dazu, aus der antiintellektuellen Haltung heraus, die in dem notorischen Professorenhaß Adolf Hitlers ihren sinnfälligsten Ausdruck fand, seine Jung-Funktionäre nicht an den Universitäten, sondern an eigens dafür eingerichteten Schulungsinstituten der Partei großzuziehen. Schon früh wehrten sich daher fanatische Studentenführer, denen nationalsozialistische Gesinnung und hohe Intelligenz durchaus als vereinbar erschienen, dagegen, daß die Universität von der „Bewegung“ diskriminiert würde, was man geistesgeschichtlich freilich auf die „liberalistischen“ Wurzeln zurückführen müsse, von denen sich die deutsche Hochschule nun einmal nur schwer losreißen könne. Darin, daß die Universität „den jungen Studenten zu einem politisch nationalsozialistischen Menschen“ zu erziehen imstande sei, sah der Führer der Deutschen Studentenschaft Andreas Feickert⁹⁴ 1934 „überhaupt ihre eigentliche Aufgabe“, damit das Regime schließlich über „einen fachlichen Nachwuchs“ verfüge, der „Fachwissen nationalsozialistisch ordnet und bildet“⁹⁵.

Mit diesen Forderungen einer Symbiose von Hochschule und Führerschaft gingen 1936 nicht nur Franz Alfred Six, sondern auch Reichsführer-SS Heinrich Himmler und seine höchsten Paladine einig. Im Gegensatz zu Hitler war Himmler professorenfreundlich, im Gegensatz zu anderen Parteiführern imponierte ihm, dem studierten Diplomlandwirt, die Universität letzten Endes doch gewaltig als Hort allmächtiger Weisheit, wenn er an ihren Vertretern auch oft eine gewisse akademische Inflexibilität, die auch er als „liberalistisch“ abtat, bemängeln mochte — hauptsächlich deshalb, weil er schwierige Denkprozesse eben doch nicht nachzuvollziehen verstand. Aber schließlich hatte er sich im Herbst 1934 um den von der Fachwissenschaft abgelehnten Dilettanten Wirth doch nur deshalb gekümmert, weil „richtige“ Professoren ihm als dem Chef der SS nicht so blindlings vertrauten, wie er sich das gewünscht hätte. Hier liegt denn das Paradox: während der „Wissenschaftler“ Himmler in seinem Denken irrational vorging und in dieser Hinsicht das geistige Klima des Dritten Reiches ganz verkörperte, setzte er sich dennoch über seine Schranken bewußt hinweg. Der Reichsführer, der die Überlegenheit der deutschen

Hochschulen in seinem Innersten wohl niemals verleugnen konnte, war entschlossen, sie in den Dienst seines elitären Prinzips zu stellen.

Die Problematik einer aktiven SS-Hochschulpolitik bot sich Himmler mithin in folgender Form dar: er mußte das Mißtrauen der Professoren, in geringerem Maße auch der Studenten, gegen die SS vertreiben, eine Annäherung zwischen Hochschule und Schutzstaffel erreichen, um sich alsdann die elementare Kraft der Universitäten für die Nachwuchspflege innerhalb der SS zunutze zu machen. Der Prozeß der Verquickung von SS und Universität hatte in drei Stadien zu erfolgen. Zuerst würde Himmler eine möglichst große Anzahl von Professoren zum Beitritt in die SS bewegen — das ging konform mit dem langgeübten Brauch der Schutzstaffel, Persönlichkeiten auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens in ihre Reihen aufzunehmen und so Bürokratie, Wirtschaft, Kultur — kurz, die gesamte NS-Volksgemeinschaft zu infiltrieren. Daraufhin würden die SS-Professoren für den Nachwuchs intelligenter und weltanschaulich gefestigter SS-Studenten Sorge tragen, von denen der größte Teil beizeiten für die politischen und ideologischen Aufgaben der Schutzstaffel bereitstehen würde, ein kleiner Prozentsatz aber als „SS-Dozenten“ eines neuen Typs an den Hochschulen weiterwirken würde. Diese würden dann, im dritten Stadium, die ursprüngliche Arbeit der älteren SS-Professoren allmählich übernehmen.

Während Himmler also den SD ruhig weiterhin als Bespitzelungsorgan in Hochschulen einsetzte, verfolgte er, auf anderer Ebene, das Ziel einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Universitäten. Wie weit diese „Zusammenarbeit“ anfangs gehen würde, darüber machte sich der Reichsführer-SS freilich keine großen Illusionen. Es ist aber bezeichnend für seine Haltung, daß er bis 1945 niemals ernsthaft versucht hat, eigene „Akademien“, nach NS-Führerprinzip strukturiert, zu gründen, wie sie später etwa die „Hohe Schule“ der Partei Alfred Rosenbergs darstellte, sondern daß er es vorzog, „die wissenschaftlichen Ziele und die wissenschaftlichen Männer in die Universitäten hineinzuführen, um dort Fuß zu fassen“, wie „Ahnenerbe“-Kurator Wüst es während des Krieges einmal etwas holprig formuliert hat⁹⁶. Ein Mittel dazu war die routinemäßige Eingliederung der männlichen Studenten in die SS, soweit diese sich nicht anderen Parteiverbänden zuwandten, wozu sie seit einer Verfügung vom 7. Februar 1934 verpflichtet waren⁹⁷. Aber Himmler wollte noch ein übriges tun: er veranlaßte die Konzentration aller SS-Studenten in sogenannten SS-Mannschaftshäusern, die dem SS-Führer Ellersiek unterstanden. Diese Häuser lagen Himmler sehr am Herzen, an jeder Hochschule wollte er eine solche Einrichtung sehen. So schrieb er im August 1938 an den Direktor der Breslauer Augenklinik, Prof. Dr. Walter Dieter, er wolle nun auch an der Universität Breslau ein SS-Mannschaftshaus errichten, „um die tatsächlich wertvollen, leistungsfähigen Studenten an den Universitäten, und zwar aus allen Fakultäten, zusammenzuschließen“⁹⁸. Bot sich Himmler die Gelegenheit zu einer administrativen Fusion eines der von der SS eigens protegierten wissenschaftlichen Institute mit einer deutschen Universität, so ergriff er sie sofort. Reinhard Höhns „Institut für Staatsforschung“, seit 1935 von der SS protegiert, fungierte nach außen hin als Teil der Berliner Universität, ähnlich wie später das „Deutschrechtliche Institut“ Professor K. A. Eckhardts, das, als Einrichtung der SS, ab 1937 offiziell die Siegel der Bonner Universität benutzte⁹⁹.

Seit 1936 etwa war es hauptsächlich das „Ahnenerbe“, das den Himmlerschen

Hochschulwünschen Rechnung trug. Dessen waren sich die Vereinsdirektoren auch voll bewußt. „Die Aufgabe des ‚Ahnenerbes‘ ist es ja in erster Linie, die weittragenden Absichten des Reichsführers-SS auf dem Gebiet nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik zu verwirklichen und damit den Führungsanspruch des Reichsführers-SS auch hier zu sichern“, bekräftigte Wüst 1937 Himmler¹⁰⁰. Tatsächlich war die Annäherung Wüsts an das „Ahnenerbe“ für dessen neue Rolle von entscheidender Bedeutung. Schon vor seinem Eintritt in die Forschungsgemeinschaft im Frühjahr 1936 konnte Wüst auf hervorragende Qualifikationen hinweisen, die eine spätere Tätigkeit als Hochschul-Referent Himmlers rechtfertigten. Einmal war Wüst schon seit 1934 Vertrauensperson des SD, zum andern liefen bei ihm als dem Dekan der Philosophischen Fakultät in München viele wichtige Fäden, zumindest aus den Bereichen seiner Universität und der bayerischen Wissenschaft, zusammen. So überzeugte denn das „Ahnenerbe“ den Professor auch endgültig von der Notwendigkeit seines künftigen Einsatzes für den Reichsführer: seine Lehrtätigkeit und Stellung als Dekan solle Wüst selbstverständlich auch *nach* Übersiedlung in das „Ahnenerbe“ nicht unterbrechen – bei dem Mangel an weltanschaulich und nationalsozialistisch „so fest und eindeutig wie er ausgerichteten Hochschullehrern“¹⁰¹!

Bereits nach wenigen Monaten gab der Dekan seinem Reichsführer einen durchschlagenden Beweis seiner kulturpolitischen Fähigkeiten. Assistiert von Sievers, besprach er im Oktober mit Staatsrat Dr. Ernst Boepfle, dem kommissarischen Leiter des bayerischen Kultusministeriums, des „Ahnenerbes“, „Ziele und Aufgaben“. Boepfle stellte sich für eine geplante, von Wüst zu inszenierende Feier in der Münchener Universitäts-Aula zur Verfügung und kündigte „eine kurze, hochschulpolitische Ansprache“ an. Der Zweck einer „derartigen SS-mäßigen Veranstaltung im Süden des Reiches“ war offenbar. Den „Vertretern der amtlichen Hochschulwissenschaft“ – das waren die Professoren – sollte einmal „von hoher Warte die Notwendigkeit der neuen geistigen Einstellung des Nationalsozialismus – insbesondere der SS – zu den uns wesenhaft berührenden Aufgaben mit der Verpflichtung zur deutschen Ahnenkunde klar gemacht werden“¹⁰².

Wie aber zog das „Ahnenerbe“ die „Vertreter der amtlichen Hochschulwissenschaft“ auf seine Seite? Indem es, ganz der Technik der SS entsprechend, Querverbindungen zwischen seinen wissenschaftlichen Abteilungen und Universitätslehrstühlen schuf. So versuchte die Forschungsgemeinschaft in der Folgezeit, möglichst viele Lehrstuhlinhaber mit der Leitung einer Vereinsabteilung und gegebenenfalls auch mit einem SS-Führertitel zu versehen, um so den Einfluß Himmlers an den Fakultäten sichtbar werden zu lassen. In München wirkte Wüst, in Wien Christian, in Frankfurt saß bald Harmjanz, in Halle Altheim. Und innerhalb der Technischen Hochschule Braunschweig sollte Dozent Martin Rudolphs neues Institut „als ‚Forschungsstätte für germanisches Bauwesen‘ der ganzen deutschen Vorgeschichtsforschung dienen und als Dozentur für ‚Vorgeschichtliche Baukunde‘ in den Lehrbetrieb der Architekturabteilung eingegliedert werden“¹⁰³. Im Sommer 1938 waren Wüst und Sievers so weit, mit SS-Nachwuchs-Fachmann Six, mit dem sie sich seit einigen Monaten angefreundet hatten, die „Erfassung“ *sämtlicher* SS-Dozenten an den Universitäten und ihren „Einbau“ in das „Ahnenerbe“ zu diskutieren¹⁰⁴.

Dieses Ziel erreichte man vor dem Kriege allerdings nicht mehr. Denn schließlich fiel es dem „Ahnenerbe“ nun einmal nicht so leicht, seinen akademischen Standard

der wissenschaftlichen Welt gegenüber glaubwürdig zu machen; als honorige Akademie galt es nicht. Da nützte selbst das vorgeschichtliche Aushängeschild nicht viel – und was die wissenschaftliche Reputation Walther Wüsts betraf, so war auch sie bereits angeschlagen, nicht zuletzt wegen seiner haarsträubenden Publikation *Tod und Unsterblichkeit im Weltbild indogermanischer Denker*. 1939 jedenfalls hielt ihn manch ein Gelehrter an seiner eigenen Universität in München, allen voran der Ägyptologe Scharff, schon für „wissenschaftlich disqualifiziert“¹⁰⁵, obgleich Wüst selbst das kaum geahnt haben mag. Überdies war es zweifelhaft, ob ausgerechnet die Männer, die das Schiff „Ahnenerbe“ aus einem gewissen politischen Schutzbedürfnis heraus bestiegen hatten, die Interessen der SS an den Hochschulen unbedingt vertreten würden – Wissenschaftler wie Dirlmeier oder Christian waren in dieser Hinsicht nicht sehr zuverlässig.

Prompter Einsatz konnte mithin nur dann garantiert werden, wenn das „Ahnenerbe“ jungen, weltanschaulich gefestigten Nachwuchs so schnell wie möglich fachlich unterweisen ließ und ihn dann an die Universitäten brachte. Von „Nachwuchs“ und „Auslese“ war deshalb in den Jahren 1937–39 häufig die Rede. So forderten die „Arbeitspläne“ des „Ahnenerbes“ vom Juli 1937 die Heranbildung eines „streng erzogenen wissenschaftlichen Nachwuchses“, der „nach seiner theoretischen Ausrichtung völlig für die kulturpolitischen Ziele des ‚Ahnenerbes‘ und eine SS-mäßige Hochschulpolitik eingesetzt werden soll“¹⁰⁶. Man sprach also vom oben erwähnten Stadium Nr. 3, ohne die Stadien Nr. 1 und 2 realisiert zu haben. Dies gedachte man indes mit einem psychologischen Trick zu tun: der Charakter der Forschungsgemeinschaft war als der einer universitätsnahen Institution herauszustreichen, dann würde man ältere Lehrkräfte schon anziehen, die den „Nachwuchs“ recht schnell ausbilden könnten. Im März 1938 wurden daher die bereits geschaffenen Abteilungen in zwei neue Kategorien eingeteilt; nicht-habilitierte Abteilungsleiter leiteten, wie bisher, nur „Forschungsstätten“, Herren „im Besitze einer Venia legendi“ standen „Lehr- und Forschungsstätten“ vor¹⁰⁷. Natürlich sollte das nicht bedeuten, daß das „Ahnenerbe“ fortan gleich einer Akademie einen unabhängigen Lehrbetrieb errichten wollte, vielmehr sollte es die innere Verbundenheit der „Ahnenerbe“-Abteilungen mit den Lehrkanzeln der Hochschulen zum Ausdruck bringen und auf die Doppelfunktion aller jetzigen und künftigen „Ahnenerbe“-Dozenten in Hochschulseminar und SS-Forschungsgemeinschaft hinweisen. Im Endeffekt versprachen sich die Vereinsfunktionäre davon den Zulauf älterer Fachleute von den Universitäten, mehr Gelehrten-Renommee für das „Ahnenerbe“, und ein schnelleres Heranwachsen eines jungen SS-Nachwuchskorps in den Fakultäten.

Dennoch: solange man die Universitäten akzeptierte, mußte der SS-Nachwuchs alle Stationen der akademischen Ausbildung absolvieren, so langwierig das auch war. Das erklärt, warum das „Ahnenerbe“ sich stets, seit den unliebsamen Überraschungen mit Herman Wirth, um eine vollwissenschaftliche Ausbildung seiner Mitarbeiter gekümmert hat – bis zur Habilitation. Bereits im März 1936 ließ es verlauten, es könne nur solche Kräfte einstellen, die sich „zur späteren Habilitation in Deutschland“ verpflichteten¹⁰⁸. Wer von den „Ahnenerbe“-Mitgliedern nicht promoviert war, mußte promovieren, wer keine Venia legendi besaß, sollte eine erwerben. Manche, wie Weigel und von Grönhagen¹⁰⁹, die überhaupt noch kein Fachstudium abgeschlossen hatten, sollten erst einmal die Universität besuchen. Weigel allerdings hoffte, aufgrund seiner „Arbeit an sich“ irgendwann den Ehren-

doktorhut zu bekommen¹¹⁰, was natürlich von vornherein aussichtslos war, seine Stellung war von allen die am wenigsten gefestigte. Aber der Druck lastete auch auf K. K. Ruppel, dem, wie bereits mitgeteilt¹¹¹, im Herbst 1937 der Erwerb des Doktorgrades angeraten wurde. In diesem Fall konnte Sievers dem Kandidaten schon besondere Vergünstigungen in Aussicht stellen, da er sich erinnerte, daß „mit älteren, erfahrenen Bewerbern das Examen in Form eines Kolloquiums abgehalten“ werde. Gegebenenfalls sollte Ruppel sich mit Professor Eckhardt in Bonn in Verbindung setzen, der an seinen Arbeiten vom Fach her „besonderen Anteil nehmen dürfte“ und der SS außerdem als Hauptsturmführer angehöre¹¹².

An diesem Beispiel wird deutlich, wie sich das „Ahnenerbe“ ältere akademische V-Männer an den Hochschulen zum Zwecke der Ausbildung jüngerer zunutze zu machen gedachte. Ob es bei dieser Form der wissenschaftspolitischen Vetternwirtschaft aber nicht doch einmal qualitative Einbußen geben würde, darüber dachten die Vereinsfunktionäre vorerst nicht nach. Hauptsache war, man hatte die akademischen Titel und besaß damit die formellen Qualifikationen zum Eintritt in das Hochschulleben. Ganz sich selbst überlassen waren „Ahnenerbe“-Forscher jedoch mitunter außerstande, die an sie gestellten Anforderungen zeitgerecht zu erfüllen. Das konnte – wie im Falle J. O. Pläßmanns – geradezu peinlich werden. Wüst hatte Pläßmann Anfang 1937 veranlaßt, „wegen seiner hervorragenden Kenntnisse“ seinen Dr. habil. „in allernächster Zeit“ zu machen¹¹³, denn der Germanenforscher sei wie kein anderer prädestiniert dazu, „in das neue deutsche Hochschulleben eingebaut“ zu werden¹¹⁴. Doch obwohl Wüst im Herbst 1937 noch meinte, Pläßmanns Habilitationsschrift werde „mit Hilfe einer geradezu verblüffenden und ergebnisreichen Methode das Geschichtsbild der Sachsenkaiser auf altgermanischer Grundlage aufbauen, dieses Geschichtsbild so der römischen Geschichtsklitterung endgültig entreißen und damit die Absichten des Reichsführers-SS in einer Weise und Stärke mit verwirklichen helfen, wie sie eindrucksvoller nicht gedacht werden kann“¹¹⁵, ließ Pläßmanns Opus auf sich warten. Der Redakteur schaffte es weder in München¹¹⁶ noch in Königsberg¹¹⁷. Erst im Oktober 1943 nahm der Tübinger Germanist Hermann Schneider die Habilitationsschrift endgültig an¹¹⁸. Der ganze Vorgang ließ berechtigte Zweifel an den tatsächlichen Fähigkeiten dieses Wissenschaftlers aufkommen.

Um Einfluß auf den akademischen Berufungsprozeß selbst zu nehmen, mußte die SS im Reichserziehungsministerium Fuß fassen, also dort, wo die Berufungsvorschläge eingingen. Nun war die äußere Gleichschaltung der Universitäten an das nationalsozialistische Regime noch nicht so weit fortgeschritten, daß das Ministerium Bernhard Rusts absolute Entscheidungsgewalt über die Berufungen deutscher Professoren innegehabt hätte; bis 1945 durften die Fakultäten, natürlich nur nach eingehender Beratung mit der nationalsozialistischen Berufsvereinigung der Professoren, dem NSD-Dozentenbund, ihre sogenannten Dreierlisten im Kultusministerium vorlegen¹¹⁹. Diese wurden dann – seit 1938 – von der Parteikanzlei in Berlin auf die politische Standfestigkeit der Kandidaten hin untersucht, darauf trafen die zuständigen Referenten in Rusts Ministerium ihre Wahl¹²⁰.

Das Reichserziehungsministerium (REM)¹²¹ war am 1. Mai 1934 aus dem Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hervorgegangen. Durch einen Erlaß Adolf Hitlers vom 11. Mai besaß es die folgenden vier Fachressorts: Körperliche Erziehung (Amt K), Erziehung (Amt E), Volksbildung (Amt

V) und Wissenschaft (Amt W). Die Chefs des Amtes W, dem sämtliche Hochschulberufungen oblagen, waren von 1934 bis 1937 Theodor („Opa“) Vahlen, von 1937 bis 1939 der Badenser Architekt und Staatsminister Otto Wacker. Er wurde im Mai 1939 von dem Chemiker Prof. Dr. Rudolf Mentzel abgelöst. Mentzel, unter dem hannoverschen Gauleiter Bernhard Rust einst Kreisleiter von Göttingen, rückte damals von seiner Stellung als Referent für Naturwissenschaften (die er seit Sommer 1934 nebenamtlich innehatte) auf. Er übernahm von Wacker dessen wichtigsten Mitarbeiter im Amt W, den Referenten für die Geisteswissenschaften (außer für Archäologie und Vorgeschichte sowie für Musik und Orientalistik), Prof. Dr. Heinrich Harmjanz, der seinen Posten bereits im April 1937 angetreten hatte.

Über die Bindungen zwischen SS und Reichserziehungsministerium hat Helmut Heiber befunden, daß nicht, wie sonst üblich, Beamte des Ministeriums der SS angehörten, sondern Kameraden der SS im Ministerium arbeiteten¹²². Trifft dies zu, so muß man daraus folgern, daß sich im Reichserziehungsministerium eine Art Ableger der Schutzstaffel befand und es sich dem Druck oder den Einflüsterungen der SS in entscheidenden Punkten beugen mußte.

Das Beispiel des „Ahnenerbes“ scheint dieser These Halt zu geben. Laut Heiber war das REM praktisch schon 1936 eine Domäne Heinrich Himmlers¹²³. Rust selbst zählte nicht viel. Der geistig anspruchslose Studienrat ließ seine habilitierten Referenten schalten und walten; diese waren seit frühester Zeit in der SS korporiert. Mentzel selbst war bereits vor der Machtergreifung SS-Mann und seitdem von Himmler rasch befördert worden. Harmjanz war einer der ersten SS-Leute Königsbergs. Sämtliche SS-Mitglieder des Rustschen Ministeriums waren dem zuständigen Referenten im SD zur Berichterstattung verpflichtet. Das nun war Reinhard Höhn, der Mann, „der die Referenten des Wissenschaftsministeriums nach Belieben zu sich zitierte und vor dem sich selbst Rust fürchtete“¹²⁴. Was kam nun bei diesen Querverbindungen für Himmler heraus?

Vor der Zeit des „Ahnenerbes“ recht wenig. Denn der SD allein genügte den hochschulpolitischen Ansprüchen Himmlers eben nicht. Er konnte wohl, gestützt auf seine Statistiken über die Lage an gewissen Universitäten, dem Rust-Ministerium nahelegen, welche Professoren oder Privatdozenten an deutsche Fakultäten zu berufen seien, aber damit war es nicht getan. Der SD vermochte die von ihm empfohlenen Kandidaten nämlich nicht unbedingt bei der Stange zu halten, dazu mußten sie, entsprechend den Himmlerschen Ordensvorstellungen, SS-gemäß korporiert sein. Der SD aber korporierte niemanden, dazu war seine, hauptsächlich nachrichtendienstlichen Zwecken dienende Struktur viel zu starr. Hier füllte das „Ahnenerbe“: Verein, Forschungsgemeinschaft und SS-Dienststelle, ab 1936 eine institutionelle Lücke, wiewohl nicht gerade zur Freude Reinhard Höhns, der allen Grund hatte, der Forschungsgesellschaft zu mißtrauen. 1938 jedenfalls, soviel steht fest, waren die „Ahnenerbe“-Funktionäre ihrerseits nicht gut auf Höhn zu sprechen¹²⁵, ansonsten pflegten sie mit ihm keinerlei Verkehr. Mit Genugtuung dürften sie registriert haben, daß Höhn im weiteren Verlauf des Jahres über eine parteiinterne Affäre stolperte und sein Einfluß in SD und REM hinfort auf den Nullpunkt sank¹²⁶.

Dafür war Wüsts und Sievers' Verhältnis zu F. A. Six, dem das SD-Referat „Hochschulen“ zwar nicht unmittelbar unterstand, der aber doch auf diesem Gebiet großen Einfluß besaß, seit eh und je beständig. Seine ersten Fäden zum REM mag das

„Ahnenerbe“ schon über Six geknüpft haben, aber es wurde auch selbst aktiv. Auf einen alten Bekannten dort konnte man immerhin zurückgreifen. Das war Rudolf Mentzel, seit Ende 1936 kommissarischer Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft¹²⁷, und als solcher bereits damals mit Wolfram Sievers zwecks Diskussion der Etatsbeiträge für das „Ahnenerbe“ in Kontakt – beide Herren fanden einander sympathisch¹²⁸. Die Forschung hat treffend bemerkt, daß gerade im Falle Mentzels „jene persönlichen Beziehungen, die im Führer-Staat oft große Bedeutung erlangten“, dem „Ahnenerbe“ zum Segen gereichen sollten¹²⁹. Die erste Vertrauensbasis wurde ein Jahr später erweitert, als es Walther Wüst gelang, im Gespräch mit Mentzel die bei früheren Routineverhandlungen zutage getretenen leisen Zweifel hinsichtlich der „wissenschaftlichen Zuverlässigkeit“ des „Ahnenerbes“ „restlos“ zu beseitigen¹³⁰. Das war eine deutliche Anspielung auf das Problem Wirth. Bevor dieses nicht völlig gelöst war, vermochte das „Ahnenerbe“ auch nicht die uneingeschränkte Zuneigung Heinrich Harmjanz' zu gewinnen, des Mannes, der für Berufungen im Bereich der Geistesgeschichte unmittelbar verantwortlich war. Im Frühjahr 1937 hatte Harmjanz die Akten seines Vorgängers Engel übernommen, die wenig Schmeichelhaftes über Wirth enthielten – Harmjanz soll sich jedenfalls daran weitgehend orientiert haben¹³¹. Seine Wirth-Feindschaft suchte freilich ihresgleichen. Wenige Wochen nach seiner Amtsübernahme äußerte er sich geradezu gehässig über das „Ahnenerbe“, das für ihn synonym mit Herman Wirth sei¹³². Im November 1937 ließ er durchblicken, daß die vom „Ahnenerbe“ getriebene Symbolforschung „nichts zu lachen“ haben werde, solange er im Ministerium sitze¹³³. Und noch im Oktober 1939 drohte er, daß er den Ministerialdienst quittieren wolle, falls der Reichsführer-SS eine Professur für den inzwischen abgehalfterten Wirth durchzudrücken gedenke¹³⁴. Mittlerweile durfte sich Harmjanz so freimütig dem „Ahnenerbe“ gegenüber äußern; er war selbst einer seiner Abteilungsleiter und vertrat die Hochschulinteressen Himmlers, Wüsts und Sievers' in Rusts Ministerium sonst in rührigster Weise. Wüst jedenfalls hatte schon am 19. April 1938 gemeldet, daß sich zu Harmjanz „ein ständig erfreulicher werdendes Arbeitsverhältnis“ habe herstellen lassen¹³⁵.

Wolfram Sievers versuchte sich schon Anfang 1936 an einem hochschulpolitischen Fall¹³⁶, aber er mußte bald wieder aufgeben. Er hatte sich zur Förderung seines Kandidaten an den falschen Mann gewandt, zu einer Zeit, da seine Beziehungen zum REM ohnehin noch nicht so weit reichten. Bei Prof. Dr. Albert Holfelder im REM bemühte er sich um ein Ordinariat für den Anthropologen Dr. G. Heberer, der 1935/36 kommissarisch mit der Wahrnehmung einer Lehrkanzel in Frankfurt am Main beauftragt war. Das war ein Fehler, denn einmal war Holfelder für den Fall nicht direkt zuständig¹³⁷, und zweitens kannte Sievers weder Holfelder gut genug noch den zuständigen Agrarreferenten, den Holfelder in der Sache zu kontaktieren versprach. Im übrigen war ausgerechnet Holfelder derjenige Dezernent im Reichserziehungsministerium, der von allen Ministerialen dem Amt Rosenberg am nächsten stand¹³⁸. Selbst als Himmler im November 1936 einen seiner berühmten persönlichen Briefe an das Rust-Ministerium¹³⁹ gesandt hatte (sie begannen meist mit dem Satz: „Wie ich höre . . .“), tat sich gar nichts. Das „Ahnenerbe“ hatte sich zu ungeschickt benommen.

Spätere Interventionen Himmlers waren wirkungsvoller – vorausgesetzt, das „Ahnenerbe“ hatte die notwendige Vorarbeit geleistet. So im Falle Otto Maußer.

Der Germanist, 1937 an der Münchener Universität, wollte sich gegen den Widerstand anderer nach Königsberg verändern. Um die Jahreswende 1937/38 schaltete sich Himmler ein¹⁴⁰, und im Sommer 1938 saß der Mann des „Ahnenerbes“ in Königsberg¹⁴¹. Dafür strebte der Wiener Altgermanist Otto Höfler 1937 von Kiel nach München. Walther Wüst versprach sich eingedenk des hohen Auftrages des Reichsführers an das „Ahnenerbe“ auch sehr viel davon: konnte Höfler doch „mit größtem Erfolg in die vom ‚Ahnenerbe‘ betreute Kulturarbeit der SS eingesetzt werden“¹⁴². Dem Reichsführer ließ Wüst bestellen, er möge schnell den „beiliegenden Brief an Rust“ unterzeichnen, dann würde man Höfler schon nach München bekommen¹⁴³. Ob Himmler nun unterschrieb oder nicht – ab Herbst 1938 lehrte Otto Höfler in München¹⁴⁴. Ein anderes Schreiben Himmlers an Rust, von dem man weiß, daß es unterzeichnet wurde, führte 1938 wahrscheinlich zur Berufung des Berliner Oberassistenten und Dozenten Dr. Rudolf Till an die Münchener Universität, wo Himmler beabsichtigte, den Latinisten – die Wendungen wiederholen sich – „im Rahmen der Kulturarbeit der SS“ einzusetzen¹⁴⁵. Till wurde „eingesetzt“, im „Ahnenerbe“ wie in der Universität¹⁴⁶.

In Anbetracht dieser narrensicheren Berufungsmethode verwundert es nicht, daß manch ein Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ auf den Gedanken verfiel, seiner Hochschulkarriere von sich aus etwas nachzuhelfen und zu versuchen, „Ahnenerbe“ und SS im Interesse des eigenen Fortschritts zu aktivieren. Laut Tagebuch Sievers' wollte Otto Huth im Mai 1939 wissen, „ob bei seinen Verhandlungen in Tübingen wegen Habilitation und Übertragung einer Assistentenstelle bereits Unterstützung des ‚Ahnenerbes‘ in Aussicht gestellt“ sei¹⁴⁷. Bezeichnend ist auch das Verhalten des Wiener Dozenten Richard Wolfram, dem im Sommer 1938 bedeutet wurde, er solle wegen einer Professur „die Augen offenhalten“¹⁴⁸. Im April 1939 klagte Wolfram Walther Wüst, er habe doch ein wenig Sorge, ob die Berufung auch ausgesprochen würde, in seiner akademischen Laufbahn habe er „schon so viel warten“ müssen, daß er „gerne einmal am Ziel“ sei¹⁴⁹. Sievers beruhigte den Gelehrten¹⁵⁰, und noch im selben Jahr wurde er titulierter außerordentlicher Professor in Wien¹⁵¹.

Schwerer wog die Einschaltung des „Ahnenerbes“ bei Berufungen im Bereich der Vor- und Frühgeschichte, denn sie geschah als notwendige Reaktion auf die langjährigen Bemühungen des Rosenberg-Freundes Reinerth, die Prähistorie auf dem Wege einer Zwangsreglementierung der Inhaber vorgeschichtlicher Lehrkanzeln in seinen Bann zu zwingen¹⁵². Insofern, als dies eine qualitative Einbuße für die deutsche Prähistorie zur Folge gehabt hätte, war Himmlers Aktivität auf diesem Feld also über den herkömmlichen, rein machttechnisch abgesteckten Rahmen einer SS-gerechten Hochschulpolitik hinaus von Bedeutung; sie muß daher heute auch anders beurteilt werden als etwa die SS-Hilfestellung im Falle Höflers. Zu Unrecht grämte Hans Schleif sich darüber, daß die SS im Herbst 1938 von insgesamt sechzehn vorgeschichtlichen Lehrstühlen im Reichsgebiet angeblich nur einen mit einem SS-Führer besetzt hielt, und zwar in Göttingen¹⁵³. Denn die Mehrzahl der deutschen Vorgeschichtler stand ja dem schutzpendenden Kreis um Heinrich Himmler zumindest nahe, auch ohne formelle Mitgliedschaft in der Schutzstaffel. Im übrigen entbehrte Rosenberg der tatkräftigen Hilfe der meisten Rust-Bevollmächtigten; der federführende Referent für Denkmalpflege im Ministerium, Privatdozent Dr. Werner Buttler, der zwar als Angehöriger des Amtes Volksbildung nicht für prähistorische Berufungsfragen zuständig war (diese liefen beim Amt Wissenschaft

ein), aber seinen Einfluß geltend machen konnte¹⁵⁴, war Vertrauter Alexander Langsdorffs, SS-Führer und auf Hans Reinerth aus fachlichen Gründen übel zu sprechen¹⁵⁵. Himmler besaß hier also einen nicht zu unterschätzenden personalpolitischen Vorteil. Um so mehr würden Reinerth und sein „Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte“ List und Tücke auszuspielen wissen; in diesem Punkte herrschte auch im Reichserziehungsministerium Übereinstimmung.

Zuerst zur Debatte stand die Kandidatur von Reinerth altem Kontrahenten Dr. Herbert Jankuhn für die Leitung des Museums vorgeschichtlicher Altertümer in Kiel, wo durch die Berufung Gustav Schwantes' an die Kieler Universität eine Vakanz eingetreten war. Jankuhn hatte Grund¹⁵⁶ zu der Befürchtung, Reinerth werde zwar nicht im Reichserziehungsministerium gegen ihn intervenieren (Reinerth wußte, das war aussichtslos), wohl aber bei der Parteikanzlei, die alle „Dreierlisten“ politisch zu prüfen hatte¹⁵⁷. Himmler schrieb darauf einen Brandbrief an Duzfreund Martin Bormann: „Wie ich höre . . .“ usw., er sei Bormann „dankbar, wenn die Berufung Dr. Jankuhns bald erfolgen könnte“¹⁵⁸. Sie erfolgte nach wenigen Monaten¹⁵⁹.

Reinerth versuchte noch des öfteren querschießen, so 1939, als er, allen wissenschaftlichen Kriterien zum Trotz, seinen Parteigänger Prof. Dr. Werner Radig, vorgeschichtlichen Ausbilder an der Lehrerbhochschule Elbing¹⁶⁰, anstelle des SS-Untersturmführers Paulsen an die Universität Riga bringen wollte¹⁶¹. Reinerths Wahl bestürzte diesmal selbst Männer aus den eigenen Reihen: sein Schüler Dr. Walter von Stokar, der übrigens bald zum „Ahnenerbe“ überschwenken sollte, konnte nicht genug daran tun, Radig, das „Radieschen“, diese „prähistorische Blüte im Suhlgarten unserer NS-Sau“, bei Buttler im Reichserziehungsministerium anzuschwärzen¹⁶². Aber aus diesem Skandal wollte sich Himmler dann doch heraushalten, ihm reichte es offenbar schon. Dem Kurator Wüst ließ er bestellen, der Widerstand gegen Radig solle aufhören, „damit es nicht wieder heißt, die SS hätte sich hier vorgedrängt“¹⁶³. Das war deutlich genug.

5. Die Rivalen: Himmler und Rosenberg

Gleichwohl spiegelten derartige Querelen lediglich den fundamentalen Streit zwischen Rosenberg und Himmler um eine endgültige Kontrolle der Vorgeschichte im Reich wider. Das spezielle Streitobjekt war noch immer, wie weiland 1934, das geplante Reichsinstitut für Vor- und Frühgeschichte. Man erinnere sich, daß Himmler im Juli 1935 sein „Ahnenerbe“ nicht zuletzt deshalb gegründet hatte, weil er des Ringens um das „Reichsinstitut“ müde geworden war¹⁶⁴. In der Folgezeit ging es dem Reichsführer-SS denn auch nicht so sehr um die Verhinderung dieses Instituts unter Rosenbergs Patronat (daran waren vielmehr seine Schützlinge Langsdorff und Wiegand sowie ihre zahlreichen Verbündeten interessiert), als um das vorgeschichtliche Monopol schlechthin, das Rosenberg durch die Pläne Reinerths gleichsam institutionell zu verankern suchte. Indessen: trotz größter Anstrengungen gelang es Reinerth bis zum Ausbruch des Krieges nicht, sein „Reichsinstitut für Vor- und Frühgeschichte“ ins Leben zu rufen¹⁶⁵. Daran war nicht zuletzt der Umstand schuld, daß das „Ahnenerbe“ 1937 im Reichserziehungsministerium richtig Fuß zu fassen begann. Seit Anfang 1938 traten Himmler, die SS und das „Ahnenerbe“

ganz offen mit den Referenten Rusts im Bunde, auch ohne Vortäuschung der Interessen Wiegands und seines Kreises, gegen Rosenberg und Reinerth auf¹⁶⁶. Himmler demonstrierte – im Gegensatz zu Rosenberg, der laut auf den vom Führer dekretierten Alleinanspruch der Partei pochte – die Strategie der parteiinternen Subversion, indem er die Struktur seiner SS so weit ausdehnte, daß deren äußerste Spitzen in die wichtigsten Behörden des Staates hineinreichten. Im Reichserziehungsministerium hieß die Spitze 1938 Rudolf Mentzel. Der SS-Führer war ein alter Gegner des Amtes Rosenberg und seiner Mitläufer. Die Animosität reichte in das Jahr 1936 zurück, als Mentzel gegen Ende einer an Nuancen reichen Intrige¹⁶⁷ anstelle Professor Starks die Präsidentschaft der Deutschen Forschungsgemeinschaft übernommen hatte. Mit Stark war endgültig auch der Vize-Präsident der DFG, Dr. Eduard Wildhagen, gestürzt, unter dessen Regie das Amt Rosenberg finanziell beträchtlich profitiert hatte. Unter dem SS-Führer Mentzel aber gingen die Geldspenden fortan nicht mehr an das Amt Rosenberg, sondern an das „Ahnenerbe“ Heinrich Himmlers.

Doch das Maß der Beschwerden unter den Freunden des Reichsleiters war damit noch keineswegs gefüllt. Auf jedem Gebiet der Forschung und der Wissenschaft, so scheint es, lagen die Experten des Partei-Philosophen um einige Längen zurück. Entweder hatte die Deutsche Forschungsgemeinschaft oder das Reichserziehungsministerium daran schuld, sicher aber Mentzel, und der saß in beiden. Das zeigen die Beispiele „Sinnbildforschung“ und „Atlas der deutschen Volkskunde“. Die Erfassung und Bearbeitung deutscher Sinnbilder war bis zum Spätherbst 1936 ein Privileg der Deutschen Forschungsgemeinschaft gewesen; die von Karl Theodor Weigel geleitete „Hauptstelle für Sinnbildforschung“ wurde unter der Präsidentschaft Starks von der Forschungsgemeinschaft unterhalten und finanziert. Doch nach dem Wechsel Stark/Mentzel sollte sich das ändern. SS-Führer Mentzel kam den monopolistischen Tendenzen des Reichsführers-SS und seines „Ahnenerbes“ auf dem Gebiet der Sinnbildforschung – damals noch weitgehend von den Maximen Herman Wirths bestimmt – entgegen und verfügte am 15. Dezember 1936 die Abtrennung der „Hauptstelle“ von der Forschungsgemeinschaft ab März 1937, mit deutlichem Fingerzeig auf die Möglichkeit einer Übernahme durch das „Ahnenerbe“. Über diese Angliederung war man sich in der Vereinsleitung eine Zeitlang nicht ganz schlüssig – weil nämlich die weitere pauschale Finanzierung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft nicht garantiert war und weil, dies wog schwerer, Weigel sich als treuer Gefolgsmann Wildhagens entpuppte und – man staune – auch Professor Reinerth durchaus gewogen zu sein schien¹⁶⁸. Nun, Weigel schaffte die Kehrtwendung dann doch; wenige Wochen nach seiner Übersiedlung in das „Ahnenerbe“ im März 1937 verstand er schon, Reinerth und seinen „Reichsbund“ nach SS-Manier zu verunglimpfen¹⁶⁹, jedoch hatte das „Ahnenerbe“ nun allen Grund, die verstärkte Feindschaft Hans Reinerths zu fürchten. Denn Reinerth machte dem „Ahnenerbe“ im Mai die neuerworbenen Kompetenzen streitig. Er behauptete rundheraus, die Sammlung und Erforschung zumindest der vorgeschichtlichen Sinnbilder habe nun der unter Rosenbergs Schirmherrschaft stehende „Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte“ übernommen; dafür möge die Deutsche Forschungsgemeinschaft monatlich fortan 1 400 Reichsmark bereitstellen¹⁷⁰. Weigel erklärte daraufhin, das „Ahnenerbe“ könne ohne große Schwierigkeiten auch die vorgeschichtlichen Sinnbilder mitbearbeiten, es benötige dazu aber nicht einen Betrag von 1 400 Mark

monatlich wie Reinerth, sondern käme gut und gerne auch mit 600 Mark aus¹⁷¹. Selbstverständlich verschloß sich Mentzel den Anregungen Reinerths und hörte von nun an nur noch auf das „Ahnenerbe“.

Aber Reinerth beanspruchte nicht nur die „Hauptstelle für Sinnbildforschung“ für sich, sondern auch den „Atlas der deutschen Volkskunde“. Seit 1934 war die deutsche Volkskunde¹⁷² von der Deutschen Forschungsgemeinschaft — hierin maßgeblich von den privaten Wünschen Wildhagens geleitet — recht intensiv betreut worden, wie sich das für den bluts- und volksbewußten Staat Adolf Hitlers eben gehörte. Innerhalb der Forschungsgemeinschaft wurde die „Reichsgemeinschaft für Deutsche Volksforschung“ gegründet, die sich fortan, unter der Aufsicht des Dresdener Extraordinarius Adolf Spamer, der Betreuung des Volkskunde-Atlas widmete. Als bald aber stritten sich mehrere Ordinarien um eine endgültige Kontrolle des Projekts, darunter auch der Wirth-Gegner Arthur Hübner. Der schon seit längerem wegen der fortgesetzten Angriffe der Neider mit seinem Rücktritt spielende Spamer nahm endlich, nach der Wildhagen-Affäre, im Mai 1937 seinen Abschied, indem er den „Atlas“ an Professor Harmjanz weiterreichte. Dies aber paßte Reinerth nicht, der bereits unter Wildhagen den „Atlas“ in seinen Einflußbereich zu ziehen getrachtet hatte, unter Hinweis auf gewisse „vorgeschichtliche“ Berührungspunkte. Schon im April 1937 hatte er angekündigt, sein „Reichsbund“ plane (außer der Sinnbildforschung) auch noch den „Atlas“ weiterzuführen¹⁷³, ebenfalls für 1400 Reichsmark im Monat. Nach Harmjanz' Erscheinen war es dann jedoch nicht mehr Reinerth, der sich — vergebens — um den „Atlas“ bemühte, sondern der „zuständige“ Kollege im Amt Rosenberg, Dr. Matthes Ziegler, des Reichsleiters Spezialist für Volkskunde und Religionswissenschaften. Harmjanz, der den „Atlas“ 1938 in das „Ahnenerbe“ einbauen konnte, ohne dabei der generösen Finanzierung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft verlustig zu gehen, wurde nun auf Schritt und Tritt von dem Reinerth-Freund Ziegler verfolgt. Als öffentliches Anklageforum benutzte Ziegler die Anfang 1937 ins Leben gerufene und von ihm als Geschäftsführer geleitete „Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde“, ein Produkt des Amtes Rosenberg, der aber außer dem Reichsleiter noch Darré, Hierl, von Schirach und — Himmler angehörten¹⁷⁴. Diese „Arbeitsgemeinschaft“ hatte sich unter anderem das Ziel gesetzt, die deutsche volkskundliche Wissenschaft „zu einem Bollwerk der nationalsozialistischen Weltanschauung“ auszubauen¹⁷⁵ — der parteiamtliche Monopolanspruch wurde dabei selbstverständlich vorausgesetzt. Schon deshalb wurde sie als Parallelorganisation zum „Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte“ von der SS strikt abgelehnt, wenn Himmler Rosenberg gegenüber auch Interesse heuchelte und sein „Ahnenerbe“ anwies, mit der Gemeinschaft „soweit möglich“ zusammenzuarbeiten¹⁷⁶. Eine Zusammenarbeit aber wurde allein von Ziegler stets blockiert, schon durch seine Machenschaften gegen Harmjanz. Laut dessen Aussagen¹⁷⁷ ließ Ziegler „Unwahrheiten“ in dem von der „Arbeitsgemeinschaft“ publizierten Merkblatt „Deutsche Volkskunde im Schrifttum“ über den Königsberger Volkskundler verbreiten¹⁷⁸, schickte einen Vertrauensmann im Reich herum, um gegen Harmjanz Material zu sammeln, und verriß überdies noch dessen Buch *Volkskunde und Siedlungsgeschichte Altpreußens* — zu Recht vielleicht, da dies nicht das einzige Mal bleiben sollte, daß dieses Opus unter Beschuß geriet¹⁷⁹. Harmjanz ignorierte oder attackierte Ziegler und seine „Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Volkskunde“ je nach den Umständen, als Referent im Reichserziehungsministerium

nicht minder wie als Abteilungsleiter in Himmlers „Ahnenerbe“, das zusätzlichen Schutz gewährte¹⁸⁰.

Mochte Ziegler im Verlauf der Fehde zwischen Rosenberg und Himmler auch schlecht wegkommen, so hatte Reinerth selbstverschuldet doch das meiste zu ertragen. Grund zur Klage gab es in der Forschungsgemeinschaft des Reichsführers-SS immer. Ob Reinerth nun versuchte, sich in Sachen der Externsteine einzumischen¹⁸¹, ob er Ausgrabungen plante, etwa in Württemberg, wo Langsdorff einflußreiche Freunde sitzen hatte¹⁸², oder am Dümmersee in der Nähe Hannovers¹⁸³, stets mußte er mit dem Widerstand der SS in Gestalt des „Ahnenerbes“ rechnen. Dennoch wurde die bis zum Kriege letzte Runde zwischen beiden Lagern unter Himmler und Rosenberg allein ausgefochten.

Der Wettkampf spielte sich in einem Bereich ab, für den Reinerth nicht eigentlich zuständig war und in dem er Ansprüche zeitlebens auch nur zaghaft und mit geringem Erfolg vertreten hat: in Hochschuldingen, genauer: organisierter Wissenschaftspolitik. Rosenberg selbst war ja auf diesem Sektor nicht so kompetent; das hing indessen mit seinen eigenen Vorurteilen gegen die deutsche Hochschule zusammen. Schon in seinem *Mythus* äußerte er sich verächtlich über „wissenschaftliche Dunkelmänner“¹⁸⁴, und wirkliche Professoren scheint er, von wenigen Ausnahmen wie Alfred Baeumler einmal abgesehen, stets mit großem Mißtrauen betrachtet zu haben, ein Mißtrauen, das sich unwillkürlich auf die deutsche Universität alten Stils übertrug. Im Gegensatz zu Himmler war Rosenberg einer jener Parteibonzen, die mit der Hochschule nicht viel für die ihnen alles bedeutende Partei anzufangen wußten, ihr auch keine echte Wandlung im Sinne des nationalsozialistischen „Umbruchs“ zutrauten¹⁸⁵. Anders als Himmler, hat Rosenberg niemals den ernsthaften Versuch gewagt, seine Fünfte Kolonne an die Universitäten vorzuschicken; er wollte die Hochschulen ganz ausschalten und durch neue Partei-Institute ersetzen. Diese sollten völlig neu strukturiert sein; die alte Hochschulverfassung hatte da auch nach einer Angleichung an das NS-Führerprinzip keine Zukunft. Rosenberg selbst hat die kuriosesten Beispiele für seine „Hochschulreform“ gegeben; so sprach er einmal von einer „Universität“ nur für Frauen¹⁸⁶. Sein Parade-Exempel war die „Hohe Schule“¹⁸⁷, eine Art Partei-Universität ersten Ranges, von der er genau wußte, daß sie von den in traditionellen Kategorien denkenden Staatsbeamten des Reichserziehungsministeriums strikt abgelehnt wurde¹⁸⁸, da sie im Grunde eine Anti-Hochschule darstellte. Ihre „Institute“ sollten zwar, wie es im Amt Rosenberg in unzähligen Memoranden niedergelegt wurde, an Universitäten angeschlossen werden, aber mit dem Ziel, diese von innen allmählich auszuhöhlen. Auch die Kriterien für die Lehrer der „Hohen Schule“ sollten mit den Qualifikationen althergebrachter Universitätsprofessoren nicht mehr viel gemein haben. An erster Stelle stand nun die politische, und vor allem langjährige politische Zuverlässigkeit (dazu gehörte die Treue zu Rosenberg), das Fachliche war nicht so wesentlich. Man sollte sich fortan nicht mehr habilitieren müssen, um an der Parteischule lehren zu können, es wurde weniger Wert auf wissenschaftliche Forschung an sich als auf politische Erfüllung gelegt. So wird auch verständlich, warum es Rosenberg war, und nicht etwa Himmler, der zu einem der ersten Förderer des Frankenschen Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands gehörte¹⁸⁹: weder war dieses Reichsinstitut einer Universität angegliedert, noch hegte der nicht-habilitierte Frank jemals den Wunsch, diese Angliederung nachzuvollziehen.

Mit derartigen Ansichten hat der universitätsfremde Rosenberg freilich nur wenige Gefolgsleute selbst unter den eingefleischten Nazi-Professoren finden können; dazu trug bei, daß der Führer selbst von seiner Ablehnung des *Mythus* in kleinem und großem Kreise gar kein Hehl machte, wem unter den Professoren Deutschlands galt dann der „Philosoph der Bewegung“ noch etwas? Höchstens seinem Intimus, dem Philosophieprofessor und Männerbund-Spezialisten Alfred Baeumler¹⁹⁰. Diesen geistig sehr beweglichen Mann mit unzweifelhaften wissenschaftlichen Verdiensten¹⁹¹ hatte Rosenberg nun zu seinem Chef der Hauptstelle Wissenschaft in seinem weltanschaulichen Amt erhoben; demnach war Baeumler sowohl für die Planungen bezüglich der „Hohen Schule“ (seit etwa 1938) als auch für „normale“ Hochschulangelegenheiten verantwortlich. Sehr erfolgreich ist Baeumler als Public Relations-Experte des Amtes Rosenberg in wissenschaftlichen Dingen allerdings nie gewesen. Einmal waren den Rosenberg-Leuten die Tore des Reichserziehungsministeriums insbesondere seit Mentzels und Harmjanz' Wirken dort notorisch verschlossen, zum anderen verfügte die „Hauptstelle W“ im Amt Rosenberg einfach nicht über die notwendige Durchschlagskraft im Umgang mit anderen Dienststellen. Am besten ging es noch mit Partei-Ämtern, etwa mit der Parteikanzlei, dort hatte man für die parteigerechten Sorgen Rosenbergs mitunter ein Ohr. Das sich noch weitgehend an den überkommenen Maßstäben der staatlichen Ministerialbürokratie vergangener Tage orientierende Wissenschaftsministerium aber hegte für die hochtrabenden Parteipläne Rosenbergs lediglich Verachtung.

Mangels konstruktiver wissenschaftspolitischer Vorstellungen im Rahmen des noch bestehenden Hochschulgefüges vermochte das Amt Rosenberg nur *negative* Hochschulpolitik zu treiben: das bedeutete, das bestehende System zu sabotieren, wo man konnte, auch ohne gleich eine neue Alternative zu bieten. Soweit das „Ahnenerbe“ ein Teil des deutschen Hochschullebens darstellte, mußte auch es zwangsläufig von den nihilistischen Präventivmaßnahmen Rosenbergs betroffen werden. Das zeigte sich deutlich im Sommer 1939, als die Forschungsgemeinschaft Himmlers, zum ersten Male im offiziellen Einvernehmen mit dem Reichserziehungsministerium, ihrem alten Verbündeten, eine internationale wissenschaftliche Veranstaltung des Reiches bestritt: die „Salzburger Wissenschaftswochen“.

Über diese Wissenschaftswochen wurde etwa seit Jahresbeginn 1939 zwischen „Ahnenerbe“, Reichserziehungsministerium und Salzburger Gauleitung verhandelt, ohne daß die Partei, Rosenbergs Dienststelle eingeschlossen, in Kenntnis gesetzt worden wäre¹⁹². Man wählte Salzburg wegen des antikatholischen Moments, wegen des schon vorhandenen Prestiges dank der Festspielwochen und, nicht zuletzt wohl auch, weil Gauleiter Rainer als Mann der SS galt und Rosenberg seinen Einfluß in die Ostmark bisher recht mutlos hineingetragen hatte. Da beging Rainer die Unvorsichtigkeit, daß er das Amt Rosenberg von dem Plan in Kenntnis setzte, das nun natürlich nichts Eiligeres zu tun hatte, als vorzuschlagen, die „Wochen“ in Verbindung mit der Hauptstelle der „Hohen Schule“ am Chiemsee abzuhalten¹⁹³. Das kam weder für das „Ahnenerbe“ noch das Rust-Ministerium in Frage. Rust regte daher im März als Zwischenlösung an, die Tagung doch in „Göttingen in Verbindung mit Hannover“ unter dem Namen „I. Tag der deutschen Wissenschaft“ durchzuführen, da er in der Leinestadt als Gauleiter schließlich einigen Einfluß besitze und dort — dies war typisch für die harmlosen Gedankengänge dieses einfältigen Mannes — im übrigen auch eine „Festbeleuchtung in den Herrenhausener

Gärten“ garantiert sei¹⁹⁴. Da nun mußte Rust im Juni von Reichsleiter Rudolf Heß, der mit Sicherheit von Rosenberg alarmiert worden war, telegraphisch eine Rüge einstecken, er habe die Konferenz ohne Einvernehmen mit der Partei (d. h. in diesem Falle Amt Rosenberg!) angesetzt; eine Einigung zwischen Rust-Ministerium und Dienststelle Rosenberg wurde angeraten¹⁹⁵. „Ahnenerbe“ und Rust-Referenten, wiederum nicht bereit, mit dem verbitterten Rosenberg zu paktieren, wandten sich abermals den Salzburger Gefilden zu; die von Heß außerdem noch empfohlene Fühlungnahme mit dem NSD-Dozentenbund wurde von Sievers seit Juli immerhin angestrebt¹⁹⁶. Das aber war speziell dazu angetan, den Zorn der Rosenberg-Leute herauszufordern, liefen sie doch damals auch gegen Prof. Dr. Walter Schultzes NSD-Dozentenbund Sturm, als das einzige *parteiämtliche* Kontrollorgan nationalsozialistischer Hochschullehrer¹⁹⁷. Dennoch vermochten Rosenbergs Männer trotz langer Vorhaltungen bei Heß¹⁹⁸ weder das „Ahnenerbe“ noch das REM aus Salzburg zu vertreiben: die Hochschulwochen fanden statt.

Der Vorgang läßt keinen Zweifel darüber, wer hier der Gewinner, wer der Verlierer war. Im Bereich der Wissenschaftspolitik zählte, wer die zuständige, konservativ denkende Ministerialbürokratie auf seiner Seite hatte, wer konstruktiver plante und wer besser schießen konnte. Und das konnte Rosenberg allenfalls auf Papier. Das hatte er bisher in ellenlangen Briefen bewiesen; vier Monate nach der Salzburger Tagung bewies er es ein weiteres Mal. „Die Salzburger Tagung zeigte“, so klagte er Bormann sein Leid, „daß hier erneut gegen eine vom Führer eingesetzte Dienststelle der Reichsleitung der NSDAP, ja gegen eine neue ausdrücklich vom Stellvertreter des Führers genehmigte Anordnung eine Gliederung der NSDAP über das alles glaubt hinweggehen zu können, im Vollbewußtsein, über die Exekutive der Staatspolizei zu verfügen.“¹⁹⁹ Himmler hätte dem nur zustimmen können.